

Rückert-John, Jana

Working Paper

Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit: Der runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg

WZB Discussion Paper, No. P 00-523

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rückert-John, Jana (2000) : Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit: Der runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg, WZB Discussion Paper, No. P 00-523, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50270>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

P00-523

Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit
Der „Runde Tisch zur nachhaltigen
Entwicklung in Berlin und Brandenburg“

Jana Rückert-John

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P00-523

Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit
Der „Runde Tisch zur nachhaltigen
Entwicklung in Berlin und Brandenburg“

Jana Rückert-John

Zusammenfassung

Mit dem Konzept der Nachhaltigkeit wird eine zukünftige Entwicklung beschrieben, die ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen systematisch miteinander verknüpft. Für die Realisierung dieses Ansatzes ist nicht nur die Integration der Ziele, sondern ebenso die Integration der Akteure erforderlich. Beide Aspekte charakterisieren das Neuartige des Konzeptes und stellen gleichzeitig entscheidende Bedingungen für seine erfolgreiche Umsetzung und für die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz dar.

Dem integrativen Anspruch des Grundkonzeptes der nachhaltigen Entwicklung steht auf der Umsetzungsebene jedoch eine abweichende Praxis gegenüber. In den Städten und Gemeinden dominieren bisher die ökologischen Aspekte der Nachhaltigkeit; soziale und ökonomische Ziele drohen damit in den Hintergrund zu geraten.

Mit diesem Beitrag soll insbesondere die soziale Dimension der Nachhaltigkeit in ihrer Verknüpfung mit ökologischen und ökonomischen Zielen fokussiert werden. Zunächst wird gezeigt, welche sozialen Ziele und arbeitspolitischen Themenfelder in Konzepten der nachhaltigen Entwicklung ihre Berücksichtigung finden. Im Weiteren werden anhand eines Fallbeispiels – dem „Runden Tisch für nachhaltige Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ – entsprechende Fragen zur sozialen Nachhaltigkeit nachgegangen. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass die Akteure die Dreidimensionalität von Nachhaltigkeitskonzepten zwar als normativen Anspruch formulieren, eine konkrete Operationalisierung jedoch wenig erkennbar ist. Die Behandlung insbesondere der arbeitspolitischen Themenfelder sehen die Akteure als wesentliche Voraussetzung dafür an, dass Konzepte nachhaltiger Entwicklung anschlussfähig an soziale Problemlagen sind; nur so kann es Resonanz und Akzeptanz erfahren. Es gilt abzuwarten, inwieweit die Kriterien der Nachhaltigkeit im weiteren Umsetzungsprozess in den entsprechenden Vorhaben des Runden Tisches berücksichtigt werden.

Abstract

The concept of sustainability characterizes a future development that systematically links ecological, economical and social dimensions with each other. Not only the integration of the above mentioned goals, but also the integration of the protagonists is inevitable to implement sustainability. The novelty of the concept of sustainability becomes visible in both aspects. Both are fundamental conditions for a successful realisation as well as for the social approval of this concept. However, the integrative character of the basic concept of sustainability looks for less integrative when put into practice. The ecological sustainability dominates so far the development within the communities; social and economical goals are in danger to be forced into the background.

This article focuses especially on the social dimension of sustainability and its linkage with ecological and economical goals. At the beginning social goals and elements of labour-market policy, which are taken into account of sustainable development con-

cepts, will be presented. Then, corresponding questions about the relation between social problems in general and sustainability are discussed, based on the example at the Round Table for sustainable development in Berlin and Brandenburg.

A central result is the fact, that the protagonists formulate three-dimensional concepts of sustainability as appellative demands, whereas the implementation is lacking. The consideration of labour-market policy is regarded by the protagonists as a fundamental prerequisite for the ability of the sustainable development concept to catch up with social problems. It remains to be seen how the round table will take the criteria of sustainability into consideration when implementing respective projects.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Von der Umweltpolitik zum Dreiklang der Nachhaltigkeit	3
1.1 Leitbild Nachhaltigkeit	3
1.2 Nachhaltigkeit: Entwicklungsetappen eines Leitbildes	4
1.3 Diskursvarianten von Nachhaltigkeit	6
1.4 Das Drei-Säulen-Modell	7
2. Soziale Ziele und arbeitspolitische Themenfelder in Konzepten der Nachhaltigkeit	9
2.1 Die soziale Dimension in Zukunftskonzepten	9
2.2 Arbeit in Konzepten der Nachhaltigkeit	10
2.3 Nachhaltigkeit und Gewerkschaften als Akteur	12
3. Vom Leitbild zur Umsetzung	14
3.1 Die Bedeutung der lokalen und regionalen Handlungsebene	14
3.2 Partizipative Kooperation in Netzwerken	15
3.3 Beobachtungen des Umsetzungsprozesses	15
4. Der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“	18
4.1 Ziele, Aufgaben und Selbstverständnis	18
4.2 Akteure am Runden Tisch	19
4.3 Wissenschaftliche Begleitforschung	20
5. Teilnehmerbefragung am Runden Tisch	22
5.1 Methodische Bemerkungen	22
5.2 Ergebnisse der Befragung	23
5.2.1 Leitbild Nachhaltigkeit – das gemeinsame Verständnis der Teilnehmer	23
5.2.2 Leitbild Nachhaltigkeit – das gemeinsame Verständnis von Durchsetzungshindernissen	26
5.2.3 Projekte der Nachhaltigkeit	28
5.2.4 Kooperation der Akteure	32

6. Nachhaltigkeit aus der Sicht von Gewerkschaftsvertretern	35
6.1 Leitbild Nachhaltigkeit	35
6.2 Synergiepotentiale zwischen Ökologie und Sozialem	37
6.3 Beiträge und Projekte der Gewerkschaften	39
6.4 Kooperation und Vernetzung	40
7. Zusammenfassung	41
Literatur	43

Einleitung

Seit der Vorlage des Berichtes der Brundtland-Kommission „Our Common Future“ im Jahre 1987 (vgl. Hauff 1997), spätestens aber seit der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Jahre 1992 ist die Diskussion über eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung – *Sustainable Development* – aus der wissenschaftlichen und politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Das Konzept der Zukunftsfähigkeit bzw. Nachhaltigkeit ist insbesondere durch den Anspruch der gleichzeitigen Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Dimensionen charakterisiert. Dieser Dreiklang beschreibt die Neuartigkeit des Konzeptes, weil er ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu bisher im Vordergrund stehenden umweltpolitischen Strategien ist, die im starken Maße die ökologische Nachhaltigkeit betonen.

Vor dem Hintergrund gravierender gesellschaftlicher Entwicklungen, wie der Globalisierung, der Individualisierung und der Massenarbeitslosigkeit, erfolgt in den Nachhaltigkeitsdiskursen eine zunehmende Gewichtsverlagerung von einer dominant ökologischen hin zu einer integrativen Betrachtung von Zukunftsfähigkeit. In dem Anspruch einer systematischen Verknüpfung von ökologischen Zielen mit ökonomischen und sozialen Dimensionen wird die Dringlichkeit gesellschaftlicher und insbesondere sozialer Problemlagen deutlich. Die Berücksichtigung sozialer Ziele und arbeitspolitischer Themen ist zudem eine wichtige Voraussetzung für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und für die Umsetzung des Konzeptes der Nachhaltigkeit. Der integrative Charakter des Konzeptes bezieht sich nicht nur auf die systematische Verknüpfung der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales bei der nachhaltigen Entwicklung (Ziel), sondern auch auf die Integration der Akteure (Weg). Tragfähige Problemlösungen werden erst möglich, wenn alle relevanten gesellschaftlichen Akteure an der Debatte über Zukunftsfähigkeit teilhaben können. Nur so kann die notwendige Problemlösungskompetenz hergestellt und eine erfolgreiche Umsetzung in Aussicht gestellt werden.

Für die Realisierung nachhaltiger Konzepte ist die lokale Handlungsebene von besonderer Bedeutung: Veränderungsstrategien müssen notwendigerweise auf die regionalen Belange zugeschnitten sein und von den Akteuren vor Ort getragen werden.

Dem hier kurz skizzierten Anspruch des Grundkonzeptes der nachhaltigen Entwicklung steht auf der Umsetzungsebene eine abweichende Praxis gegenüber: Im Agenda-21-Prozess der Städte und Gemeinden ist zu beobachten, dass der ökologischen Nachhaltigkeit Priorität eingeräumt und die sozialen und ökonomischen Aspekte vernachlässigt werden. Der Anspruch einer systematischen Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Dimensionen wird dabei faktisch nicht eingelöst. Nach Einschätzung der Akteure sind solche Blockaden u.a. auf die Komplexität und Abstraktheit nachhaltiger Konzepte sowie auf die unzureichende Konkretisierung

und Operationalisierung vor allem auch der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit zurückzuführen.

Das Anliegen der Studie ist es, die in der Nachhaltigkeitsdebatte unterbelichtete soziale und arbeitspolitische Dimension zu thematisieren und damit einen Beitrag zu ihrer Operationalisierung zu leisten. Vor dem Hintergrund der theoretischen Erörterungen soll der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ als Fallbeispiel herangezogen werden. Von entscheidendem Interesse ist dabei die Frage, inwiefern am Runden Tisch die sozialen Ziele der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden.

Das Papier ist wie folgt gegliedert: Das erste Kapitel steht unter der Überschrift „Von der Umweltpolitik zum Dreiklang der Nachhaltigkeit“. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht die Entwicklung, die das Leitbild der Nachhaltigkeit in den letzten Jahrzehnten – seit Erscheinen des Berichtes an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ (Meadows u.a. 1997) – genommen hat. Die unterschiedlichen Diskussionsphasen des Leitbildes sollen aufgezeigt, des Weiteren soll das Leitbild in seinen gegenwärtigen unterschiedlichen Diskursvarianten dargestellt werden.

Im folgenden Kapitel sollen soziale Ziele und arbeitspolitische Themenfelder, die in Konzepten der Nachhaltigkeit explizit ihre Berücksichtigung finden bzw. implizit Verknüpfungsmomente zur ökologischen Nachhaltigkeit aufweisen, thematisiert werden. Zudem soll näher auf die Positionen der Gewerkschaften, als Interessenvertretung der Arbeitnehmer, in der Nachhaltigkeitsdebatte eingegangen werden.

Im dritten Kapitel soll die Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten auf lokaler und regionaler Ebene fokussiert werden. Dabei liegt das besondere Augenmerk auf der Bearbeitung sozialer Ziele in den Umsetzungsprozessen nachhaltiger Strategien. Zudem soll die partizipative Kooperation in Netzwerken als Bedingung für die erfolgreiche Realisierung von Nachhaltigkeitskonzepten thematisiert werden. Im Unterschied zum Aspekt der Beteiligung, der meist defensiv im Sinne von Akzeptanz formuliert wird, sind Kooperation und Vernetzung aktive Momente im Umsetzungsprozess.

Die folgenden Kapitel (4-6) beziehen sich auf den „Runden Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ als Fallbeispiel für die regionale Umsetzung einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung. Die erörterten Fragen zur sozialen Nachhaltigkeit sollen am Beispiel des Runden Tisches untersucht werden. Dazu soll in einem ersten Schritt der Runde Tisch mit seinen Akteuren, Zielen und Aufgaben kurz vorgestellt werden. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen jedoch die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung am Runden Tisch zu den Schwerpunkten Leitbild Nachhaltigkeit, Indikatoren nachhaltiger Projekte und deren weitere Bearbeitung in Arbeitsgruppen bzw. Projektvorhaben des Runden Tisches. Daran anschließend werden die Ergebnisse leitfadengestützter Interviews mit zwei Gewerkschaftsvertreterinnen dargestellt.

1. Von der Umweltpolitik zum Dreiklang der Nachhaltigkeit

1.1 Leitbild Nachhaltigkeit¹

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert stellt sich die Frage, wie unsere Gesellschaft zukunftsfähig gestaltet werden kann. Spätestens seit dem Erdgipfel von Rio im Jahre 1992 steht das Thema Nachhaltigkeit auf der politischen Agenda. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung setzt sich seitdem als Sinnbild für zwei miteinander verzahnte Problemlagen durch: für die Globalität der ökologischen Krise einerseits und für die Verschärfung der sozialen Ungleichheit im Nord-Süd-Verhältnis andererseits (Brand 1997: 15).

Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichten sich die hochentwickelten Länder auf ein Wirtschaftsmodell, das eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung für zukünftige Generationen und eine globale Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet. Die reichsten Industrienationen der Erde, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, sind besonders gefordert, wenn es darum geht, eine Vorreiterfunktion für eine nachhaltige Entwicklung zu übernehmen und Impulse für eine ökologisch, ökonomisch und sozial gleichermaßen vertretbare Zukunftsperspektive zu geben. Denn es setzt sich weltweit die Erkenntnis durch, dass die Menschen mit ihrer Wirtschaftsweise an einen Punkt gelangt sind, wo sie Gefahr laufen, sich ihrer natürlichen Lebensgrundlagen zu berauben. Zugleich schränkt der verschwenderische Naturverbrauch die existentiellen Möglichkeiten der nachfolgenden Generationen ein. Die Vision eines menschenwürdigen Lebens für alle Generationen in allen Teilen der Welt auf der Basis einer gleichberechtigten Teilhabe an den natürlichen Ressourcen wird damit zum konstitutiven Bestandteil jeder Zukunftsprojektion. Das Konzept des *Sustainable Development* ist somit ein normatives, das eine intra- und intergenerative Verteilungsgerechtigkeit betont. Soziale Normen bilden folglich ein wesentliches Element des Grundkonzeptes der nachhaltigen Entwicklung. Allerdings haben sie häufig den Charakter unverbindlicher Präambeln, die nicht tiefgreifender diskutiert werden. (Hildebrandt 1998)

Durch die Reichweite des Konzeptes der Nachhaltigkeit werden nicht nur die Problemlagen in ihrer Globalität, sondern auch die Verflechtungen der verschiedenen Krisendimensionen der Moderne thematisiert. Das Konzept basiert also auf der Reflexi-

1 „Leitbilder bündeln die Ziele, Träume, Visionen und Hoffnungen von Menschen ... (Sie) reduzieren für das Individuum und für Sozietäten die Komplexität von Welt und strukturieren die Aktivitäten in einzelnen Handlungsfeldern“ (de Haan u.a. 1996: 293). Nach Dierkes (1993) erfüllen Leitbilder unter den Bedingungen hoch differenzierter, komplex vernetzter Handlungssysteme eine Koordinationsfunktion, die anders kaum mehr geleistet werden kann. Durch die Bündelung konkurrierender Positionen lassen sich Expertendebatten in öffentliche Leitbild-Diskussionen transformieren und demokratischen Entscheidungsprozessen zugänglich machen.

on von Konsequenzen und Nebenfolgen der Entwicklung moderner Gesellschaften (Brand 1997). Die Auswirkungen der offensichtlich wachsenden Risiken erklären die Übernahme der Formel des *Sustainable Development* in den politischen, wissenschaftlichen und ökonomischen Sprachgebrauch und signalisieren einen dringenden Handlungsbedarf zur Erhaltung der Lebensgrundlagen. In den westlichen Industrieländern, so stellt Brand fest, „nimmt dieses Konzept zunehmend den Charakter eines neuen, integrierenden Leitbilds“ (Brand 1997: 11) der gesellschaftlichen Entwicklung an, das Auswege aus der Krise der Moderne weisen kann. Denn das Wachstumsmodell der westlichen Industrienationen stößt schon allein aus ökologischen Gründen an seine Grenzen. Hinzu kommt, dass es ungeeignet ist, das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit und die Verschärfung der Armut auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu lösen.

Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfähigkeit ist als ‚Vision‘ nicht eindeutig definiert und stellt somit auch kein präzises Handlungskonzept dar. Der Ansatz bringt den Vorteil mit sich, dass er offen ist für unterschiedliche Interessenlagen, Strategien und Rahmenbedingungen, was die Möglichkeit einer breiten sozialen Anschlussfähigkeit fördert. Gleichzeitig ist darin aber auch die Gefahr zu erkennen, dass eine Vielzahl von unterschiedlichen Nachhaltigkeitskonzepten mit unterschiedlichen Prioritätensetzungen das Leitbild überstrapaziert und es als Hülse „alter“ Ideen dient.

1.2 Nachhaltigkeit: Entwicklungsetappen eines Leitbildes

Neue gesellschaftliche Leitbilder erlangen immer erst über einen längeren Zeitraum öffentlicher Diskurse hinweg institutionelle Verbindlichkeit. So stellt Brand fest, dass wir uns erst am Anfang dieser in den verschiedenen Diskurs- und Handlungsarenen ausgetragenen Kämpfe um die Institutionalisierung bestimmter Deutungen des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung befinden (Brand 1997: 12). Die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ geht in ihrem Abschlussbericht mit dem Titel „Konzept Nachhaltigkeit, Vom Leitbild zur Umsetzung“ (1998) von drei Entwicklungsetappen des Leitbildes der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung aus, auf die nachfolgend skizzenhaft eingegangen werden soll.

Die Debatte nahm ihren Ausgang mit der Thematisierung der in Zukunft zu erwartenden, entwicklungsbegrenzenden Ressourcenengpässe,² etwa im Sinne des Berichtes „Grenzen des Wachstums“ an den „Club of Rome“ im Jahre 1972 (Meadows u.a. 1972). Die Kernaussage des Berichtes lautete, dass ohne eine Halbierung des Naturverbrauchs die ökologischen Gleichgewichte nicht wiederhergestellt und die Lebensgrundlagen nicht langfristig gesichert werden können. In Zeiten des ökonomischen

2 Die in der ersten Diskussionsphase betonte Ressourcenproblematik findet sich auch in dem Nachhaltigkeitsbegriff wieder, so wie er Mitte des vergangenen Jahrhunderts in der Forstwirtschaft geprägt wurde. Einen Wald nachhaltig zu nutzen bedeutete, nur so viel Holz zu ernten wie nachwächst. Über den Vergleich der Nutzungsrate mit der Wachstumsrate des Waldes konnte mit relativ einfachen Modellen eine bestandserhaltende und damit nachhaltige Waldnutzung berechnet werden.

Wachstums und sozialen Wohlstands fiel der Umweltpolitik prioritär die Aufgabe zu, ökologische Rahmenbedingungen zu setzen. Sie geriet damit zwar nicht in Konflikt mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, spielte jedoch eine klar nachgeordnete Rolle.

Neuere Modelle in den 80er und beginnenden 90er Jahren stellen auf die begrenzte Belastbarkeit der Umwelt ab. Im Grundsatz gehen solche Überlegungen davon aus, dass bei der über einen bestimmten Grad hinausgehenden Beanspruchung eines ökologischen Systems Einschränkungen seiner Leistungsfähigkeit zu erwarten sind – möglicherweise sogar der Zusammenbruch mit entsprechenden Folgen für die nachfolgenden Generationen. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat in seinem Gutachten aus dem Jahre 1974 bereits festgestellt: „Eine Politik nach dem Verursacherprinzip gleicht ... einer Gratwanderung zwischen weiterer Umweltgefährdung, gelungener Anlastung sozialer Zusatzkosten und volkswirtschaftlicher Depression. Eine ‚erfolgreiche‘ Umweltpolitik darf sich daher nicht nur nach dem Postulat einer störungsfreien Umwelt richten, sondern muß gleichrangig die Bedingungen wirtschaftlicher Vertretbarkeit beachten.“ Damit wurde die These vom Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aufgeworfen und die Umweltpolitik in die Defensive gedrängt (Schmidt/Spelthahn 1994). Gleichzeitig kam die Debatte um die „Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ auf, die Flexibilisierungsmaßnahmen und den Abbau von sozialen Standards nach sich zog.

In jüngster Zeit und damit in der aktuellen – dritten – Diskussionsphase setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass nicht nur im Bereich der ökonomischen, sondern auch der sozialen Ordnungen Belastbarkeitsgrenzen existieren. Im Rahmen der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte wird der Anspruch verfolgt, ökologische, soziale und ökonomische Entwicklungsdimensionen miteinander in Einklang zu bringen. Damit reift allmählich die Erkenntnis, dass mit einem Leitbild der Zukunftsverträglichkeit wichtige Entwicklungslinien auch „jenseits der ökologischen Dimension“ angesprochen werden. „Dabei geht es – bildhaft gesprochen – nicht um die Zusammenführung dreier nebeneinander stehender Säulen, sondern um die Entwicklung einer dreidimensionalen Perspektive aus der Erfahrungswirklichkeit. Eine ökologisch dominierte Nachhaltigkeitspolitik wird im gesellschaftlichen Abwägungsprozeß immer dann unterliegen, wenn sich andere Problemlagen als unmittelbarer, spürbarer und virulenter erweisen und damit auch für politisches Handeln dringlicher und attraktiver sind“ (Enquete-Kommission 1998: 31).

In der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte, in der ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungsdimensionen gleichzeitig ihre Berücksichtigung finden, ist ein qualitativer Unterschied zur Debatte um die ökologische Modernisierung der 80er Jahre zu sehen. Bei der Diskussion des Ansatzes wird hingegen des Öfteren die Auffassung vertreten (u.a. Huber 1995), dass die nachhaltige Entwicklung ein Konzept der globalen ökologischen Modernisierung darstelle. Die Idee von der ökologischen Modernisierung ist im Rahmen der Politikwissenschaft entstanden und in der Bundesrepublik Deutschland seit den 80er Jahren vor allem von Martin Jänicke in Anlehnung an das modernisierungstheoretische Konzept der politischen Entwicklung formuliert worden (vgl. Jänicke 1986). Jänicke betrachtete das politisch-administrative System als

Akteur und die industriellen Innovationen zur Ressourcenschonung als Motor der ökologischen Modernisierung. Das Ziel war eine gesteigerte Handlungsfähigkeit des politischen Systems (Jänicke 1993). Den theoretischen und semantischen Kern des Konzeptes, so betont Wehling (1997: 38), bilden die technologischen und politisch-institutionellen Innovationen. Demgegenüber ist das Konzept der Nachhaltigkeit nicht nur als ein umweltpolitisches, sondern als ein gesellschaftliches Entwicklungskonzept mit Blick auch auf nicht-technische, soziale Innovationen und Strukturveränderungen zu verstehen. Es basiert damit auf der Erkenntnis, dass infolge massiver Veränderungsprozesse der Moderne gesellschaftlich ausdifferenzierte Teilbereiche nicht mehr eindeutig voneinander abgrenzbar sind und es somit auch keine „isolierten Krisen“ der Moderne gibt: „Es gibt keine Umweltkrise, keine Entwicklungskrise und keine Energiekrise – sie sind alle Teil einer einzigen Krise“ (Hauff 1987: 4). Daraus leitet sich die Notwendigkeit einer integrativen Betrachtung ab.

1.3 Diskursvarianten von Nachhaltigkeit

Die beachtliche Entwicklung, die das Konzept der Zukunftsfähigkeit seit dem Erdgipfel von Rio 1992 genommen hat, erklärt sich daraus, dass es einerseits eine konsensfähige Richtung für den notwendigen gesellschaftlichen Wandel aufzeigt, gleichzeitig aber offen für unterschiedliche Interessenlagen, Strategien und Rahmenbedingungen ist (Hildebrandt 1998). Dementsprechend haben sich im Diskursfeld der Debatte um eine nachhaltige Entwicklung unterschiedliche Konzeptionen mit spezifischen Prioritätensetzungen herausgebildet. Den Nachhaltigkeitskonzeptionen liegt dabei ein jeweils unterschiedliches Entwicklungsverständnis zugrunde, das zugleich bestimmte Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit³ und die Präferenz für bestimmte Veränderungsstrategien⁴ impliziert (Brand 1997: 20). Die Interpretationen bewegen sich nach Brand „zwischen den Polen ‚weiter so‘ und ‚grundsätzliche Korrektur des industriellen Zivilisationsmodells‘. In der Mitte findet sich eine Reformstrategie, die sich wohl am besten mit ‚sozial-ökologischer Modernisierung‘ umschreiben lässt“ (ebenda). Die „Weiter-so“-Strategie orientiert sich an marktgesteuerten Prozessen, d.h. die nachhaltige Entwicklung wird maßgeblich durch wirtschaftliches Wachstum und technische Innovationen bestimmt. Diese Perspektive entspricht der Strategie einer ökologischen Effizienzrevolution und auf der Ebene des Gerechtigkeitsverständnisses den Prinzipien der Besitzstands- und Leistungsgerechtigkeit.

Aus der Perspektive der Mittelfeldposition „sozial-ökologische Modernisierung“ ist die Zukunftsfähigkeit der sozialen und ökologischen Entwicklung durch die Eigen- dynamik der Wirtschaft gefährdet. Nach Brand erfordert eine nachhaltige Entwick-

3 Huber (1995: 87ff; zitiert nach Brand 1997) unterscheidet – im Anschluss an Zacher – drei verschiedene, in der Nachhaltigkeitsdebatte konkurrierende Gerechtigkeitskonzepte: die Besitzstands-, die Leistungs- und die Bedürfnisgerechtigkeit, die er den drei politischen Grundphilosophien der westlichen Moderne, Konservatismus, Liberalismus und Kommunismus, zuordnet.

4 Huber (1994, 1995) bündelt die in der Debatte über eine nachhaltige Entwicklung kursierenden Handlungsempfehlungen zu drei „Strategietypen“: der Suffizienz- (mehr Genügsamkeit), der Effizienz- (optimale Ressourcennutzung) und der Konsistenzstrategie (Substitution von Stoffströmen).

lung dieser Position zufolge das Umschalten auf präventive Handlungsstrategien und integrierte Formen der Planung, ein globales Ressourcen- und Stoffstrommanagement sowie neue Varianten der Kontextsteuerung und der Mobilisierung endogener Entwicklungspotentiale durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten. Neben dem Ziel der effizienten Ressourcennutzung steht bei diesem Ansatz vor allem die Konsistenz-Strategie im Vordergrund. Auf der Ebene der Gerechtigkeitsprinzipien wird neben der Besitzstands- und Leistungsgerechtigkeit die Verteilungs- und Bedürfnisgerechtigkeit postuliert, die eine Reduzierung sozialer Ungleichheiten anstrebt.

Die dritte Position geht in ihrem Entwicklungsverständnis von einer grundsätzlichen Korrektur des industriellen Zivilisationsmodells aus; sie thematisiert die natürlichen Grenzen des industriellen Entwicklungsmodells und die Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit. Hierbei wird vor allem die Suffizienz-Strategie mit starker Orientierung auf die Entwicklung eines neuen gesellschaftlichen Leitbildes, „das erheblich weniger Natur verbraucht und die bestehenden (begrenzten) Nutzungschancen, bei einem höheren Maß an Selbstbestimmung, global möglichst gerecht verteilt“ (Brand 1997: 22) in den Mittelpunkt gerückt.

1.4 Das Drei-Säulen-Modell

Die Forderung nach einer systematischen Verknüpfung der drei Aspekte der nachhaltigen Entwicklung findet sich inzwischen in den meisten einschlägigen Dokumenten der deutschen Debatte wieder, wobei allerdings die verschiedenen Dimensionen jeweils unterschiedlich gewichtet werden. Sie entspricht der mittleren, mit einem weiter gefassten, anthropozentrischen Naturverständnis verbundenen Position und kommt in der „Drei-Säulen-Theorie“ bzw. im Bild des „magischen Dreiecks“ zum Ausdruck, das u.a. von der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998) vertreten wird. Im Unterschied zur Enquete-Kommission hat für den Sachverständigenrat für Umweltfragen die – auch ethisch begründete – Beachtung der Grenzen ökologischer Tragfähigkeit eindeutig Vorrang; letztere bestimmen den Rahmen, in dem sich ökonomische und soziale Entwicklungen vollziehen können (RSU 1994). Der Sachverständigenrat sieht deshalb in der „Drei-Säulen-Theorie“ und in dem Versuch, jeder dieser Säulen das gleiche Gewicht beizumessen, auch die Gefahr, dass die nachhaltige Entwicklung nicht mehr als Vernetzungsproblem begriffen, sondern als eine Frage der Abstimmung zwischen verschiedenen Interessenlagen missverstanden wird (RSU 1996: 54). Der integrative Ansatz würde so möglicherweise wieder in seine Einzelteile zerlegt, wodurch die ökologische Nachhaltigkeit letztlich wieder als additive Politik verstanden würde, die dem ökonomischen Wachstum und dem sozialen Wohlstand nachgeordnet wäre. Notwendige umweltpolitische Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit würden wieder als verhandelbar angesehen und unterlägen damit der Gefahr, in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten vernachlässigt zu werden (Petschow/Dröge/Meyerhoff 1998).

Als großer Vorteil, aber auch als Herausforderung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung kann es angesehen werden, dass der integrative Ansatz der Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem sichtbar gemacht wird. Ziel einer Politik der

Nachhaltigkeit soll es demnach sein, eine Balance zwischen den drei Teilzielen herzustellen. Damit werden Politikstrategien notwendig, die sich nicht auf einen einzigen Gesichtspunkt, wie z.B. den der ökologischen Nachhaltigkeit (Ein-Säulen-Konzept), konzentrieren und additiv konzipiert⁵ werden. Ein weiterer Vorteil des Konzeptes bezieht sich auf den Aspekt der gesellschaftlichen Akzeptanz: Soll „Nachhaltigkeit“ ein tragfähiges Leitbild sein, muss es an soziale Problemlagen anknüpfen. „Eine ökologisch dominierte Nachhaltigkeitspolitik wird im gesellschaftlichen Abwägungsprozeß immer dann unterliegen, wenn sich andere Problemlagen als unmittelbarer, spürbarer und virulenter erweisen und damit auch für politisches Handeln dringlicher und attraktiver sind. Selbst wenn sie sich durchsetzen kann, bleibt sie ohne Wirkung, denn letztlich dürfte nur eine Politik der Integration der drei Dimensionen in der Lage sein, die konzeptionelle Schwäche einer von wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen isolierten Umweltdiskussion zu überwinden“ (Enquete-Kommission 1998: 31).

5 Im Zentrum der bisherigen Politik standen wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherung. Umweltpolitische Maßnahmen wurden additiv konzipiert, d.h. sie kamen im Anschluss an die genannten Politiken zum tragen. Damit war eine End-of-the-Pipe-Orientierung quasi vorgegeben (Petschow/Dröge/Meyerhoff 1998).

2. Soziale Ziele und arbeitspolitische Themenfelder in Konzepten der Nachhaltigkeit

2.1 Die soziale Dimension in Zukunftskonzepten

Obwohl die gleichzeitige Betrachtung der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit mittlerweile zum Standard von Zukunftsstudien gehört, bleiben in der Nachhaltigkeitsdebatte die Themen Arbeit und Soziales meist unerörtert. Die Ursachen dafür liegen nach Hildebrandt (1998) in der Zielorientierung nachhaltiger Konzepte, die durch den Anspruch des langfristigen Erhalts des Ökosystems Erde als Grundlage für ein menschenwürdiges Leben definiert ist. Dementsprechend wird das ökonomische Wirtschaftssystem daraufhin untersucht, inwieweit es das Ökosystem Erde be- und überlastet. Damit werden jedoch vorrangig Aspekte ökologischer Nachhaltigkeit sowie entsprechende ökonomische Indikatoren thematisiert. „Erwerbsarbeit bleibt dabei – als Verbindungsglied zwischen Input und Output – weitgehend im Hintergrund“ (Hildebrandt 1998: 83). Die Themen Arbeit und Ökologie stehen sich als Gegensätze gegenüber, was sich auch in den beiden getrennt geführten und parallel laufenden Debatten zur „Zukunft der Arbeit“ einerseits und zur „nachhaltigen Entwicklung“ andererseits niederschlägt. Eine Verknüpfung beider Diskurse wäre dringend geboten, kommt doch Arbeit in einer nachhaltigen Entwicklung eine zentrale Rolle zu. Einerseits greift der Mensch vermittelt über Arbeit, und nicht nur Erwerbsarbeit, in die Umwelt und Natur ein. Andererseits stellt gerade die Massenarbeitslosigkeit eines der gravierendsten Probleme der gegenwärtigen Entwicklung in Deutschland dar, an die Strategien nachhaltiger Entwicklungen anschlussfähig sein müssen, um wirklich dauerhaft tragfähig zu sein (ebenda).

Auch Bosch (1998: 15) thematisiert die Gegensätzlichkeit und Unverbundenheit „beider Denktraditionen“: „Die Ursachen von Arbeitslosigkeit, die Instrumente der Beschäftigung sowie neue Organisationsformen von Arbeit (werden) noch weitgehend unverbunden mit den Naturgrundlagen von Arbeit, Produktion und Konsum untersucht“ (ebenda). Beide Fragestellungen – die Umwelt- und die Beschäftigungsfrage – lassen sich zukünftig jedoch nicht unabhängig voneinander beantworten. Für Bosch liegt die Aufgabe darin, „positive Schnittmengen“ (ebenda) zwischen Umwelt- und Beschäftigungspolitik zu finden. Bevor auf diese näher eingegangen wird, soll zunächst erörtert werden, in welcher Gestalt soziale Ziele in Nachhaltigkeitskonzepten aufgegriffen werden. Nach Hildebrandt (1998) lassen sich vier Funktionen sozialer Ziele unterscheiden, die im Folgenden kurz wiedergegeben werden.

Das Konzept des *Sustainable Development* ist ein normatives, das eine intra- und intergenerative Verteilungsgerechtigkeit betont. Soziale Normen bilden somit ein wesentliches Element des Grundkonzeptes der nachhaltigen Entwicklung, mit denen u.a. (ökologische) Reduktionsziele begründet werden. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind konstitutive Elemente der sozialen Nachhaltigkeit. Allerdings besit-

zen soziale Normen häufig den Charakter unverbindlicher Präambelformulierungen, die nicht tiefgreifender diskutiert werden.

In Konzepten der nachhaltigen Entwicklung werden die sozialen Voraussetzungen der Durchsetzbarkeit und Realisierung als Bedingung für eine Wende zur Nachhaltigkeit definiert. Dazu gehören im Wesentlichen die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Abkehr vom konsumorientierten Wohlstandsmodell. Die Diskussion um andere, zukunftsbeständige Lebensformen beinhaltet für Hildebrandt „die Sichtbarmachung des ‚ökologischen Rucksacks‘ ... und seine Verankerung in unserem Wohlstandsmodell.“⁶ Diese Zielstellung erfordert zudem das Nachdenken über einen „anderen“ Arbeitsbegriff, der auch die Versorgungsarbeit und die gemeinnützige Arbeit mit einschließt.

Als dritten Punkt nennt Hildebrandt die Ebene der Realanalyse von Erwerbsarbeit, ihrer Entwicklungsdynamiken und sozialen Folgen. „Im wesentlichen konzentrieren sich die Konzepte auf die Beschreibung der Negativdynamik von Rationalisierungsprozessen. Diese werden als arbeitssparend und entfremdend charakterisiert, als ihre Folgen werden Arbeitslosigkeit und kompensatorischer Konsum beschrieben“ (Hildebrandt 1998: 83). Nach Hildebrandts Einschätzung sind Ansätze zur Ökologisierung der Erwerbsarbeit kaum auszumachen.

Die Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen und die breite Verständigung über Leitbild, Strategie und Umsetzung stellen Bedingungen für die Realisierung von Nachhaltigkeitskonzepten dar und werden häufig defensiv, im Sinne von Akzeptanz, formuliert, so Hildebrandt.

Des Weiteren lassen sich in diesem Zusammenhang die Aspekte der Kooperation und Vernetzung der Akteure anführen, die im Unterschied zu den vorher genannten aktive Momente im Umsetzungsprozess sind. Kommunikation, Kooperation und Beteiligung werden seit neuerer Zeit neben der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeit als eigenständige „politisch-institutionelle Dimension“ zusammengefasst. Diese bezieht sich auf die „Sicherung der erforderlichen Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse durch effektiv gestaltete Institutionen und Verfahren, die partnerschaftliche Kooperation der Interessengruppen“ (Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999: 48) und auf die aktive Beteiligung der Bürger als Experten für ihre Lebenswelt.

2.2 Arbeit in Konzepten der Nachhaltigkeit

Nachdem die sozialen Ziele von Nachhaltigkeitskonzepten dargelegt wurden, soll nun auf die Schnittmengen von Ökologie und Arbeit – von denen Bosch sprach – näher eingegangen werden. Arbeitspolitische Themenfelder, bei denen eine Verknüpfung von Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit deutlich wird (u.a. Hildebrandt 1998, Bosch 1998), sind folgende:

6 Hildebrandt, zitiert nach Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999: 175

- Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung bei gleichzeitiger Neugestaltung der sozialen Sicherung,
- Dritter Sektor (Potentiale für Beschäftigungszuwächse und Neubestimmung von Arbeit),
- Lokale Ökonomie (Neue Beschäftigungsfelder; Reparaturen und andere Dienstleistungen),
- Eigen- und Subsistenzarbeit mit der Betonung eines neuen Arbeitsverständnisses,
- Schaffung von Arbeitsplätzen im und durch den Umweltschutz.

Arbeitsflexibilisierung und Arbeitszeitverkürzung sind wichtige arbeitspolitische Themenfelder, die sich im Zuge von Nachhaltigkeitskonzepten ergeben. Sie stellen ein enormes Potential bei der Umverteilung der vorhandenen Arbeit dar. Dabei gilt Teilzeitarbeit wohl als die verbreitetste Form flexibler Beschäftigung. Verschiedene Studien belegen ein erhebliches Potential zur Arbeitszeitverkürzung, und zwar nicht nur bei Frauen, sondern auch bei Männern (Schulze Buschoff/Rückert 1998). Dennoch erscheinen Arbeitszeitverkürzungen für die Arbeitnehmer nur akzeptabel, wenn sie mit entsprechenden finanziellen und sozialen Absicherungen einhergehen. Interessant sind vor diesem Hintergrund die in den Niederlanden praktizierten Strategien zur Ausweitung der Teilzeitarbeit insbesondere auch bei Männern und zudem in qualifizierten Tätigkeitsfeldern. Mit Blick auf eine zukunftsfähige Beschäftigung besitzt auch das dänische Modell der Job-Rotation einen hohen Stellenwert: Erwerbsarbeit wird häufiger zum Zwecke der individuellen Fortbildung unterbrochen, wobei der Arbeitsplatz garantiert bleibt. Die befristet frei werdenden Arbeitsplätze werden von Erwerbslosen übernommen.

Der Dritte Sektor mit seinen Organisationen jenseits von Markt und Staat findet bisher in der Auseinandersetzung um die „Zukunft der Arbeit“ nur wenig Beachtung. Damit bleiben jedoch wesentliche Potentiale hinsichtlich der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder sowie der Neubestimmung von Arbeit jenseits der normalen Erwerbsarbeit unterbelichtet. In beiderlei Hinsicht hat der Dritte Sektor Beachtliches zu bieten. Doch sowohl als Wachstumsbranche des Arbeitsmarktes als auch im Hinblick auf einen neuen Arbeitsbegriff wird der Dritte Sektor in Deutschland bisher nur in der wissenschaftlichen Diskussion zunehmend beachtet (Priller u.a. 1999).

Potentiale für eine zukunftsfähige Beschäftigung bieten auch die kleinteiligeren Strukturen der Ökonomie in den Städten und Kommunen. So stellt Läßle (1998) für Hamburg fest, dass die Teilökonomie der Stadtteil- und Quartiersbetriebe mit 16% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten Hamburgs eine der größten Teilökonomien der städtischen Wirtschaft ist und mit einem Zuwachs von 11.000 Arbeitsplätzen zugleich zu den wenigen gehört, die expandieren. Diese Betriebe sind zum überwiegenden Teil auf die lokalen Bedürfnisse des Lebensalltags ausgerichtet und prägen in hohem Maße die urbane Qualität des jeweiligen Stadtteils (Prange/Warsewa 1999). Ein räumlich dichteres Beieinander von Arbeit, Wohnen und Leben bietet den Bewohnern zudem Möglichkeiten für eine stärkere Identifikation mit dem eigenen Kiez. Damit unmittelbar verbunden ist auch die Förderung handwerklicher Tätigkeitsfelder: Das Handwerk steht im Zusammenhang mit einer nachhaltigen

Wirtschaftsweise vor allem für Qualitätsmerkmale wie „robust“, „reparaturfähig“ und „nachrüstbar“.

Infolge des Aufbrechens des Erwerbsarbeitsregimes gewinnt auch die Eigen- und Subsistenzarbeit zunehmend an Bedeutung. Bezogen auf „Nachhaltigkeit“ bildet sie den Fokus eines neuen Arbeitsverständnisses, das sich über individuell nützliche, personenbezogene und selbstgestaltbare Arbeitsinhalte ausdrückt (Hildebrandt 1998). Zudem ist das „Selbermachen“ ökologischer. So erfährt Erwerbsarbeit als Träger von Wohlstand (Einkommen und Zufriedenheit) eine Relativierung: Freizeit erscheint nicht mehr nur als Zeit, die „frei“ von Erwerbsarbeit ist, sondern als „Eigen-Zeit“ (Mutz 1999), die nach den eigenen privaten Bedürfnissen gestaltet werden kann. Mit Eigen- und Subsistenzarbeit wird in starkem Maße Suffizienz betont. Damit wird ein an Erwerbsarbeit gebundener Wohlstand durch einen ressourcenschonenden, viel stärker selbstversorgenden Wohlstand abgelöst, der die überwiegend von Frauen geleistete informelle Arbeit aufwertet und in wesentlich größerem Umfang auf der Eigenarbeit in sozialen Netzen beruht.

Effizienzorientierte Nachhaltigkeitsstrategien unterscheiden sich von den vorher genannten Suffizienzstrategien darin, dass sie Wohlstand und Wachstum in den Vordergrund stellen und auf einen verstärkten Einsatz technischer Innovationen setzen. Durch den Gebrauch umweltfreundlicher Technologien können ökologische Schäden zukünftig vermieden werden; zudem stellt er einen entscheidenden Unternehmensvorteil dar. Damit eng verbunden ist die Debatte um die Beschäftigungswirkungen im und durch den Umweltschutz, deren Ausmaß jedoch wissenschaftlich umstritten ist: „Einerseits eröffnen sich hierdurch neue Märkte, andererseits werden jedoch auch veraltete Produkte gefährdet und Billigprodukten wird aufgrund ihrer Kostenvorteile der Vorrang gegeben“ (Hildebrandt 1999: 18).

2.3 Nachhaltigkeit und Gewerkschaften als Akteur

Die Gewerkschaften haben 1996 mit ihrem DGB-Grundsatzprogramm zu einer sozial-ökologischen Reform die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Die Forderung nach einer gleichzeitigen Berücksichtigung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem in Konzepten der Nachhaltigkeit wurde mit dem besonderen Interesse aufgegriffen, vor allem soziale Belange stärker in die gesellschaftliche Diskussion zu integrieren. Die Gewerkschaften sehen sich als Akteur im Diskurs um eine zukunftsfähige Entwicklung, der Möglichkeiten bietet, Anknüpfungspunkte wie auch umgekehrt Abgrenzungen zu den bereits ausgearbeiteten Konzepten der Nachhaltigkeit zu formulieren (Linne 1997).

Das verabschiedete Grundsatzprogramm ist den Zielen der bundesdeutschen Gewerkschaften verpflichtet. Dazu gehören Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit, die Sicherung der Lebens- und Umweltqualität und eine demokratische Gesellschaftsordnung. Die Erwartungen an eine sozial-ökologische Reform bestehen vor allem darin, „ die Arbeitslosigkeit zu überwinden und Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang zu bringen“ (Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand

1996: 16). Die Gewerkschaften grenzen sich damit von den rein ökologischen Ansätzen der Nachhaltigkeit ab, weil diese mit vielfältigen Risiken für die Arbeitswelt verbunden sind. Das betrifft Positionen, in denen die Leitidee von Vollbeschäftigung und einer qualitativen Gestaltung der Erwerbsarbeit den Zielen des Umweltschutzes geopfert wird. Den Gewerkschaften kommt es vielmehr darauf an, den im Zuge eines ökologischen Umbaus in Gang zu setzenden Wandel in der Arbeitswelt stärker zu berücksichtigen. Für sie wurde mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung erstmals eine integrierte Betrachtung von Arbeits- und Umweltpolitik realisiert. Um die Anschlussfähigkeit an soziale Problemlagen zu ermöglichen, gilt es, die Beziehungen zwischen beiden Themenbereichen analytisch aufzuarbeiten sowie Synergie- und Konfliktpotentiale zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen zu identifizieren (Linne 1997: 6).

Die Verknüpfung von Umwelt- und Arbeitspolitik wird im gegenwärtigen Verständnis der Gewerkschaften verstärkt in ihren positiven Aspekten gesehen: „Umweltpolitik muß dazu führen, daß mehr Arbeitsplätze entstehen“ (ebenda). Zu den negativen Aspekten werden vor allem zusätzliche Beschäftigungsrisiken, höhere Steuern, steigende Lohnnebenkosten und wachsende Kosten für den Umweltschutz gezählt. Diese Belastungen sind nach Meinung der Gewerkschaften für die Mehrheit der Bevölkerung nicht verkraftbar. Die Ziele des Grundsatzprogramms werden demzufolge auch explizit in der Reihenfolge Beschäftigung – Umweltschutz – soziale Gerechtigkeit genannt.

3. Vom Leitbild zur Umsetzung

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung lässt sich nur über die partizipative Umsetzung mit Leben füllen; anders kann es keine entsprechende Resonanz und Akzeptanz erfahren. Ausgehend von dieser Erkenntnis und der Bedeutung der lokalen und regionalen Handlungsebene werden die Kommunen in Kapitel 28 der Agenda 21, die 1992 auf der Konferenz in Rio verabschiedet wurde, aufgefordert, *„in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft zu treten und eine ‚kommunale Agenda‘ zu beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozeß würde das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft.“* (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Hrsg., 1997)

3.1 Die Bedeutung der lokalen und regionalen Handlungsebene

Der regionalen und lokalen Ebene kommt bei der Umsetzung nachhaltiger Konzepte eine zentrale Bedeutung zu. Ein entscheidender Grund ist in den Grenzen der zentralstaatlichen Steuerung komplexer Entwicklungsprozesse zu sehen. Die Rolle des Staates in modernen Gesellschaften ist nicht mehr die des „allzuständigen Problemlösers und Entscheiders, sondern die des Promotors, Organisators und Moderators für die Entwicklung von Lösungen der zentralen Zukunftsfragen“ (Pinkepank/Banthien 1999). Integrierte Strategien der nachhaltigen Entwicklung, in deren Rahmen ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungsdimensionen in eine Balance zu bringen sind, müssen auf gegebene Wirtschaftsstrukturen, soziale Problemlagen und regionale Umweltbedingungen abgestimmt werden. Entsprechende Strategien lassen sich häufig am sinnvollsten auf der Ebene der Regionen und Kommunen entwickeln und realisieren (RSU 1996: 58).

Integrierte Strategien der nachhaltigen Entwicklung haben nur dann eine Chance, wenn der Einzelne ihre Notwendigkeit nachvollziehen, aber auch ihre Auswirkungen beeinflussen kann. Das ist nur in einem überschaubaren kommunalen oder regionalen Rahmen möglich. Nur „hier können die Folgen des eigenen Handelns unmittelbar erfahren und verantwortet werden, hier lassen sich viele ökologische und ökonomische Zusammenhänge überschaubar gestalten, hier lassen sich dezentral, in vernetzten Strukturen, viele Probleme effizienter lösen, hier könnte eine breite öffentliche Diskussion über die gemeinsame Zukunft gelingen“ (Schleicher-Trappeser u.a. 1992: 1).

3.2 Partizipative Kooperation in Netzwerken

Die Probleme und Herausforderungen der Zukunft sind auf der lokalen und regionalen Ebene nur unter Anstrengung aller gesellschaftlich relevanten Akteursgruppen und unter Mitwirkung der Bürger zu bewältigen. Dies kann jedoch nicht „von oben“ verordnet werden. Der Agenda-Prozess ist somit seitens der Kommunen als Herausforderung zu begreifen, die Akteure für die Beteiligung zu motivieren und mit ihnen in einen kommunikativen Prozess zu treten. Die Aufgabe besteht darin, dass sich die Akteure über eine gemeinsame Zieldefinition für die zukünftige Entwicklung der Stadt oder der Gemeinde verständigen und eine Operationalisierung der Ziele anstreben. Das Wissen dafür ist jedoch zeit- und situationsabhängig. Nachhaltigkeit muss somit als regulative Idee verstanden werden, der man sich nicht durch Vorgaben, sondern nur über einen ständigen Lern- und Suchprozess annähern kann. Ziele und Strategien der nachhaltigen Entwicklung müssen demzufolge immer wieder neu verhandelt werden.

Es stellt sich nun die schwierige Aufgabe, in diesem lernenden Agenda-Prozess die unterschiedlichen Interessen der Akteure zu bündeln und im kooperativen Handeln fruchtbar zu machen. Gleichwohl liegen in der integrativen Problemlösungskompetenz die innovativen Potentiale von Agenda-Prozessen. Der Ansatz wurzelt nicht in der klassischen „Top-down“-Vorgehensweise, sondern in der partizipativen Vernetzung, einem „Bottom-up“-Verfahren. Hiermit wird nochmals deutlich, dass es sich bei der Lokalen Agenda um einen Vorgang handelt, bei dem konstruktive Such- und Lernergebnisse initiiert und fortlaufend optimiert werden. Partizipative Netzwerke bilden das System, in dem der Dialog geführt wird und Kooperationen geknüpft werden. In einem „konstruktiven Wettbewerb“ (Pinkepank/Banthien 1999: 43), der alle Institutionen und Interessen einbezieht, werden verschiedene Lösungsansätze zusammengeführt.

Charakteristisch für Netzwerke ist, dass sie Strategien verfolgen, die allen Beteiligten nützen. Mit fortschreitender Entwicklung des Netzwerkes treten diese Synergiepotentiale über seine Grenzen hinaus. Die Grundlage und die Motive für derartige Kooperationen stellen konkrete Vorhaben oder Handlungserfordernisse dar, die trotz der Unterschiedlichkeit der Akteure einen ‚gemeinsamen Nenner‘ bilden. Pinkepank und Banthien (1999: 46) sehen das grundsätzlich Neue an der partizipativen Vernetzung in ihrer „unmittelbaren Orientierung an den Teilnehmern und durch diese an den Bedingungen der Moderne selbst.“

3.3 Beobachtungen des Umsetzungsprozesses

Wie bereits festgestellt wurde, lässt sich die gleichzeitige Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele der nachhaltigen Entwicklung zumeist lediglich als formulierter Anspruch in den Konzepten feststellen. Auf der Ebene der praktischen Umsetzung, so z.B. in den Initiativen zur Lokalen Agenda 21, liegt der Schwerpunkt auf den ökologischen Zielsetzungen, während die soziale Dimension häufig nachrangig behandelt wird.

Die Forschungsgruppe Umweltbildung an der FU Berlin, die im Rahmen des Forschungsprojektes „Umweltkommunikation und Lokale Agenda 21“ (Rheingans/de Haan/Kuckartz 1998) die Lokalen Agenda-21-Prozesse in den Stadtbezirken Berlins untersuchte, kommt bei der Betrachtung der inhaltlichen Themen der Initiativen ebenfalls zu der Einschätzung, dass klassische Umweltthemen wie Abfall, Energie und Verkehr dominieren. Die Arbeitsgruppen in den Stadtbezirken beschäftigen sich meist mit einem breit angelegten Themenspektrum, wie z.B. mit Bauen, Verkehr und Umwelt; arbeitsmarktpolitische Themen sind eher selten vertreten.

Auch im bundesweiten Lokalen Agenda-Prozess stellt Schäffler (1998) eine Umweltlastigkeit der Themen fest. In allen Bundesländern werden unter der Überschrift „Agenda 21“ überwiegend Probleme des Natur- und Umweltschutzes behandelt. Soziale Forderungen, wie z.B. die Armutsbekämpfung oder die stärkere Beteiligung von politisch benachteiligten Gruppen (Kinder, Jugendliche, Frauen), aber auch arbeitspolitische Themen spielen in den meisten Bundesländern eine nur untergeordnete Rolle. Auf der Umsetzungsebene taucht unter den sozialen Aspekten der Nachhaltigkeit am ehesten das Beteiligungsthema wieder auf. Die Betonung der ökologischen Nachhaltigkeit findet ihren Ausdruck nicht zuletzt darin, dass die Zuständigkeit für die Lokale Agenda 21 auf Landesebene bei den jeweiligen Umweltministerien angesiedelt ist.

Als ein positives Beispiel für die Integration arbeitspolitischer Themenfelder in den Agenda-Prozess gilt Bremen. Hier wurde ein erfolgreiches Umsetzungsmodell entwickelt, das sozial- und arbeitspolitische Strategien und insbesondere die Förderung von lokalen Ökonomien als wichtigen Handlungsansatz für eine nachhaltige Stadtentwicklung berücksichtigt. Mit Hilfe des Arbeitsausschusses „Zukunft der Arbeit“ unter Federführung des DGB wurde innerhalb von rund drei Jahren in der Lokalen Agenda 21 in Bremen bei Vorhaben und Maßnahmen ein Schwerpunkt gesetzt, der arbeits(markt)- und beschäftigungspolitische sowie sozial-integrative und gemeinwesenorientierte Zielsetzungen verfolgt. Die Beispiele dazu reichen von der Stadtteilnahme für lokale Beschäftigung über die institutionelle Mischung von Tätigkeiten und Dienstleistungen und die Anstöße für Forschungs- und Konzeptentwicklungsarbeiten bis zur Einrichtung neuer Dienstleistungen oder der Veränderung von Consulting- und Wirtschaftsförderungsstrukturen (Prange/Warsewa 1999).

Welche Gründe gibt es für die Vernachlässigung der sozialen Ziele, insbesondere der arbeitspolitischen Themenfelder auf der Umsetzungsebene? Schließlich steht ihre Nachrangigkeit im Widerspruch zur Brisanz sozialer Probleme. Die Unterbelichtung der Themen Arbeit und Soziales lässt auf eine bisher unzureichende Erörterung der sozialen Ziele von Nachhaltigkeit schließen. So ist z.B. weitgehend ungeklärt, wodurch die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ausgefüllt ist und welche Indikatoren als Kriterien der sozialen Nachhaltigkeit fungieren könnten. Eine Schwierigkeit im Vergleich zur ökologischen Nachhaltigkeit besteht vor allem auch darin, dass die soziale Nachhaltigkeit viel stärker qualitative Aspekte thematisiert (z.B. Lebensqualität), die kaum messbar sind.

Ein zweiter Grund kann darin gesehen werden, dass die Agenda 21 den Kommunen einerseits eine bedeutende Rolle auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zuweist, andererseits die kommunale Politik aber wesentliche Handlungsfelder (z.B.

Arbeitsmarktpolitik) nur in begrenztem Umfang aktiv gestalten kann. In diesem Zusammenhang kritisierten Vertreter der Kommunen auf der ersten bundesdeutschen Konferenz „Lokale Agenda 21“, die im Juni 1998 in Bonn stattfand, dass Bund und Länder die Kommunen zwar mit Informationen und Best-Practices unterstützen, dass gleichzeitig aber ihre finanziellen und rechtlichen Spielräume immer weiter eingeschränkt werden.⁷ Auch die Ergebnisse des UBA-Projektes belegen dieses Argument aus der Akteurssicht mit einer starken Diskrepanz zwischen Wunsch- und Machbarkeitsvorstellungen. Viele Wünsche der Akteure, die sich vor allem auf gesellschaftlich-soziale Visionen und weniger auf ökologische oder wirtschaftliche Aspekte beziehen, werden durch Machbarkeitsvorstellungen konterkariert (Rheingans/de Haan/Kuckartz 1998).

Sollen die Potentiale der Agenda 21 im Sinne einer „historischen Chance“ genutzt werden, so schlussfolgert Häusler (1998: 7), „benötigt sie zwingend den Auftrag ‚von oben‘, von den Kommunen, aber auch von der nationalstaatlichen Ebene. Neben dem Auftrag ‚von oben‘ bedarf es im Gegensatz zum vorherrschenden Ressortdenken einer ernsthaften integrierten Betrachtung des Nachhaltigkeitsthemas durch die Zuständigen in Politik und Verwaltung. Die Positionen der Bundesregierung zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland betonen hingegen stark die Umweltpolitik. Der Prozess der Lokalen Agenda 21 wurde von Seiten der Bundesregierung auf der Entscheidungs- und Handlungsebene bisher kaum ernstgenommen. Dies zeigt sich auch an einer Einschätzung von Schäffler zur ersten bundesdeutschen Konferenz zur Lokalen Agenda 21, die er im Hinblick auf eine integrierte Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem als „völlig verfehlt“ beurteilt (Schäffler 1998: 94). Sozialpolitische Institutionen waren nicht vertreten; in den Referaten und Workshops war der Umweltschutz eindeutiger Bezugspunkt.

7 Mündliches Statement auf der Konferenz.

4. Der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“

4.1 Ziele, Aufgaben und Selbstverständnis⁸

Der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ existiert seit 1997. Er ist ein auf Initiative der Stiftung Mitarbeit, der Stiftung Haus der Demokratie, des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), der Evangelischen Akademie Berlin/Brandenburg, des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie der Grünen Liga e.V. ins Leben gerufenes Projekt. Die Schirmherrschaft für den Runden Tisch wurde von der Schülerin Katharina Rohn und von Prof. Dr. Heinrich Frh. von Lersner, ehemaliger Präsident des Umweltbundesamtes, übernommen.

Die Gründung des Runden Tisches war motiviert von dem Wunsch, die Strategie der Nachhaltigkeit in der Region Berlin-Brandenburg umzusetzen, obwohl die Vereinigung der beiden Länder 1996 politisch keine Mehrheit gefunden hatte. Der Runde Tisch versteht sich als Akteursnetzwerk, in dem viele gesellschaftliche Gruppen und Funktionsträger aus unterschiedlichen Handlungsfeldern, mit unterschiedlichen Interessen, Strategien und Alltagspraktiken aufeinander treffen. Das bringt für die Teilnehmer die Anforderung mit sich, ihre Belange zu einer Vielzahl anderer Bedürfnisse ins Verhältnis zu setzen und nach Synergien und Kompromisslösungen zu suchen. Daraus entwickeln sich als Ergebnis einer „lernenden Organisation“ Chancen, gemeinsame Vorhaben zu entdecken und sie mit mehr Kompetenz, Durchsetzungsvermögen und einer breiteren gesellschaftlichen Akzeptanz realisieren zu können. Die Mitglieder verstehen sich als Ideengeber und Multiplikatoren des Agenda-Prozesses; zudem übernimmt das Gremium insgesamt eine Mittlerfunktion zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteursgruppen und Entscheidungsträgern.

Dem Runden Tisch wird in der Berliner Agenda-Szene und in der Politik verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet. Seine Besonderheit besteht vor allem in seinem länderübergreifenden und interdisziplinären Ansatz. Der Runde Tisch verfolgt vor dem Hintergrund des in der Agenda 21 betonten gesellschaftlichen Konsultationsprozesses folgende Ziele und Aufgaben:

- den Dialog zwischen den verschiedenen Interessengruppen in der Region Berlin-Brandenburg zu befördern,
- zu inhaltlichen Themen gesamtgesellschaftlich tragfähige Lösungskonzepte zu erarbeiten,
- Kooperationsprojekte zu benennen und auf den Weg zu bringen sowie

⁸ Vgl. Koordinationsbüro des Runden Tisches zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg (Hrsg.) (1999): Der Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung. Dialogprojekt für ein zukunftsfähiges Berlin und Brandenburg, Berlin.

- Entscheidungshilfen für die parlamentarische und andere entscheidungsrelevante Ebenen wie auch für die beteiligten Organisationen in Berlin und Brandenburg zu erarbeiten.

Die vom Innenkreis angeregte inhaltliche Arbeit findet, wie in den meisten anderen Agenda-Prozessen auch, in themenbezogenen Fachrunden und Arbeitsgruppen statt, die sich aus Mitgliedern des Runden Tisches sowie Fachleuten zusammensetzen. Bisher wurden Fachrunden zu den Themenkomplexen Ernährung, Energie und Beschäftigung sowie Flächenmanagement eingerichtet. Darüber hinaus gründeten sich zu den folgenden drei Aufgabenfeldern Arbeitsgruppen, die im Zuge einer wissenschaftlich betreuten Mitglieder-Befragung – auf die noch näher eingegangen wird – entstanden sind:

1. Konkretisierung von Leitbildern einer nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg (AG „Leitbilder“),
2. Generierung und Förderung von exemplarischen Projekten nach gemeinsam entwickelten Kriterien (AG „Nachhaltigkeitskriterien“; AG „Projektbörse“),
3. Propagierung der Strategie einer nachhaltigen Entwicklung und die Unterstützung entsprechender Initiativen und Projekte in Berlin und Brandenburg (AG „Vernetzung und Lobbying“).

Neben den genannten Arbeitsforen gibt es zudem einen Erweiterten Vorbereitungskreis, der das Steuerungsgremium des Runden Tisches bildet. In ihm sind zehn Personen des Innenkreises und die vier Mitarbeiter des Koordinierungsbüros vertreten. Das Koordinierungsbüro übernimmt die Geschäftsführung, die Finanzakquisition, die Moderation der Sitzungen des Runden Tisches, die Öffentlichkeitsarbeit und die fachliche Unterstützung der Arbeitsforen.

4.2 Akteure am Runden Tisch

Das Plenum des Runden Tisches, der „Innenkreis“, setzt sich aus 37 Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) der Länder Berlin und Brandenburg zusammen. Die Verhandlungen gewinnen so mit Blick auf die im Sinne der Agenda 21 angestrebte Zusammenarbeit aller wichtigen gesellschaftlichen Akteure an Repräsentativität. Allerdings sind die Wirtschaftsunternehmen, wie auch in vergleichbaren Agenda-Prozessen, unterrepräsentiert. Es fällt ebenfalls auf, dass deutlich weniger Brandenburger als Berliner Akteure am Runden Tisch vertreten sind. Im Folgenden soll ein Überblick über die Teilnehmer des „Innenkreises“ entsprechend der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gegeben werden.

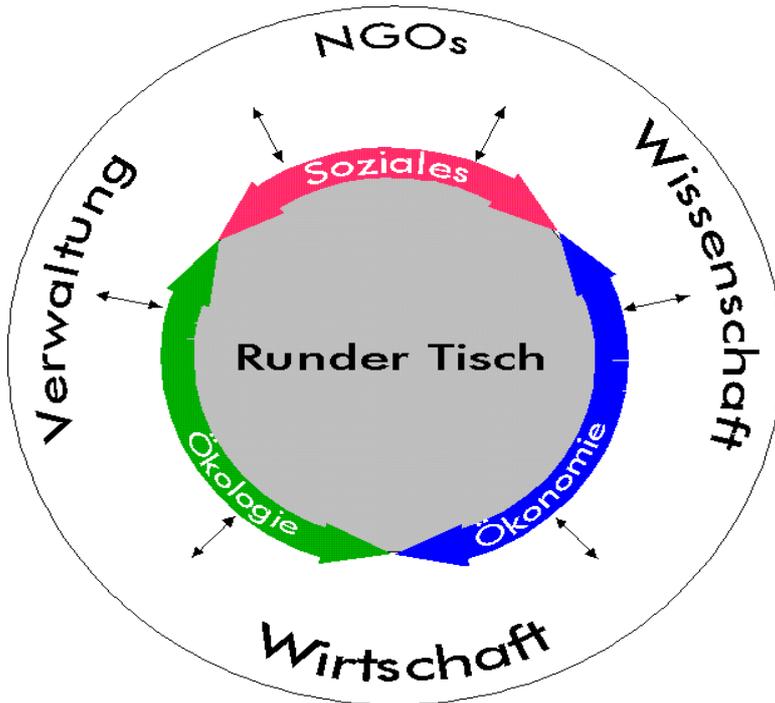


Abb. 1: Der Runde Tisch und seine Akteure

<i>Soziales</i>	<i>Ökologisches</i>	<i>Ökonomisches</i>
Verbände für soziale Dienste (2)	Umwelt- u. Naturschutzverbände (4)	Wirtschafts- und Berufsverbände (6)
Kirche (1)	Umweltministerien und -ämter (4)	Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe (1)
Bildung/Forschung (9)		Wirtschaftsunternehmen (2)
Sozialministerien (2)		Körperschaften des Öffentlichen Rechts (3)
Gewerkschaften (1)		
Verbände für Bürgerinteressen (2)		

Da an den nach repräsentativen Aspekten zusammengesetzten Innenkreis des Runden Tisches der Wunsch nach Mitsprache und Mitwirkung weiterer Akteure herangetragen wurde, tagt der Runde Tisch öffentlich und ermöglicht so interessierten Gästen die Teilnahme an den Sitzungen im sogenannten „Außenkreis“.

4.3 Wissenschaftliche Begleitforschung

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Arbeit & Ökologie“, das von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, führte das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), vertreten durch Eckart Hildebrandt und Jana Rückert-John, zwischen 1998 und 1999 eine wissenschaftliche Begleitforschung am Runden Tisch durch. Die zentralen Fragen

dabei lauteten: Wie erfolgt der Prozess der Umsetzung eines Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung? Wie werden die sozialen und arbeitspolitischen Aspekte der Nachhaltigkeit unter dem Postulat der Gleichrangigkeit von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen behandelt?

Die Begleitforschung verfolgte damit eine explizit wissenschaftliche Zielstellung; zugleich sollte sie aber auch die praktische Arbeit am Runden Tisch unterstützen. Die wissenschaftlichen Fragestellungen bezogen sich auf:

- den Umgang mit dem Paradigma der Nachhaltigkeit, insbesondere mit dem allgemeinen Prinzip,
- die Gleichwertigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem sowie auf die Wege der Operationalisierung,
- die Thematisierung und Interpretation der sozialen und insbesondere der arbeitspolitischen Inhalte sowie auf
- die Rolle der sozialen Akteure im Netzwerk.

Dazu wurde das Akteursnetzwerk Runder Tisch in seiner Binnenperspektive bezüglich der Interessenskonstellationen, der Kommunikations- und Konsensfindungsprozesse untersucht. Ebenso wichtig war es, die formellen und informellen Strukturen des Netzwerkes mit ihren spezifischen Aufgaben- und Rollenzuweisungen sowie hinsichtlich ihrer Steuerungs- und Definitionsmacht zu erfassen. Da Netzwerke immer in entsprechende regionale Kontexte eingebunden sind, war es unabdingbar, auch diese aufzunehmen. Der methodische Zugang erfolgte über das Instrument der teilnehmenden Beobachtung und den Einsatz einer schriftlichen Befragung sowie über Experteninterviews.

Die mit der wissenschaftlichen Begleitforschung verbundenen praktischen Unterstützungsleistungen für den Runden Tisch bezogen sich im Wesentlichen auf drei Schwerpunkte:

- die systematische Erhebung von Orientierungen und Interessenlagen der Netzwerkakteure,
- deren Aufbereitung für die Konkretisierung gemeinsamer Leitbilder und Nachhaltigkeitskriterien,
- die Anregung der Lernprozesse durch den Erfahrungstransfer aus anderen Agenda-Prozessen und das Einbringen von Befunden aus den Fachwissenschaften.

Die wissenschaftliche Begleitforschung verfolgte den Anspruch, die Arbeit des Plenums und des Erweiterten Vorbereitungskreises zu bereichern und professionell zu unterstützen, wobei sie an den aktuellen Erfordernissen und Themenstellungen des Runden Tisches orientiert war. Denn die wenigen und zeitlich begrenzten Treffen des Runden Tisches geben den einzelnen Organisationen bzw. Institutionen wenig Raum, um ihre jeweiligen Vorstellungen einzubringen. Die Teilnehmer des Runden Tisches können in den Plenumssitzungen, die viermal im Jahr für circa dreieinhalb Stunden stattfinden, lediglich einige Grundinformationen zum Agenda-Prozess aufnehmen, vorbereitete Stellungnahmen und Projektvorschläge diskutieren sowie Anregungen für die weitere Arbeit geben.

5. Teilnehmerbefragung am Runden Tisch

5.1 Methodische Bemerkungen

Einen wichtigen methodischen Zugang zur Untersuchung des Konstituierungsprozesses am Runden Tisch bildete eine wissenschaftlich betreute Befragung seiner Teilnehmer (1998), auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll. An dieser Befragung sind weniger die auf den ersten Blick unspektakulären Ergebnisse interessant als die Tatsache, dass die Befragung eine Auseinandersetzung mit dem Leitbild „Nachhaltigkeit“ auslöste und eine Entscheidung über die Definition der wesentlichen Aufgabenfelder des Runden Tisches und deren Bearbeitung in Arbeitsgruppen herbeigeführt werden konnte. Die Realisierung der Aufgaben stellte eine weitere Herausforderung für die Teilnehmer des Runden Tisches dar.

Die durchgeführte Befragung der Teilnehmer des „Runden Tisches zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ hatte zum Ziel, die Klärung ihres Selbstverständnisses zu unterstützen. Mittels Fragebogen konnte jede Institution und Organisation ihre eigenen Vorstellungen zu einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung formulieren. Zu diesem Zweck wurde nach den wichtigsten Merkmalen der Strategie der Nachhaltigkeit, den Hinderungsgründen und Erfolgskriterien für die Umsetzung, den wichtigsten Problemen der Nachhaltigkeit in Berlin und Brandenburg sowie nach den Beiträgen der einzelnen Institutionen und Organisationen gefragt.

Der Fragebogen wurde 41 Institutionen, Organisationen und Privatpersonen zugeschickt. Das erste Anschreiben erbrachte einen Rücklauf von nur 12 Fragebögen. Zwei Nachfassaktionen steigerten den Rücklauf auf insgesamt 25 Bögen. Das entspricht trotz der geringen Fallzahl einem Rücklauf von circa 60 Prozent, was im Vergleich zu ähnlichen Erhebungen als annehmbar gelten kann. Die geringe Fallzahl schränkt jedoch die Repräsentativität der Aussagen stark ein. Betrachtet man den Rücklauf akteursspezifisch, so lässt sich feststellen, dass die Akteure aus den Bereichen „Politik und Verwaltung“, „Wirtschaft/Unternehmen“ und „Bildung/Forschung“ mit 50 Prozent und mehr repräsentiert sind, die Verbände und NGOs hingegen lediglich mit circa einem Drittel.

Die gestellten Fragen waren nicht durch Begriffs- und Formulierungsangebote vorstrukturiert; sie hatten den Charakter von „offenen“ Fragen, um möglichst authentische Aussagen der Befragten zu erhalten. Dementsprechend waren die Antworten hinsichtlich der verwendeten Begriffe, Bezüge und Beschreibungen sehr variantenreich und ebenso interpretationsfähig. Für die Auswertung wurde folglich ein induktives Vorgehen gewählt, d.h. es wurden Aussagen mit ähnlichem bzw. gleichem Inhalt gebündelt und unter „Oberbegriffen“ zusammengefasst. Um einen ersten Zugang zur Auswertung der Fragen zu bekommen, wurden zunächst die Häufigkeiten der Nennungen betrachtet; damit entsteht ein erster Eindruck von der Ausrichtung der

Antworten. In einem zweiten Schritt wurde versucht, diese „Oberbegriffe“ inhaltlich weiter zu dimensionieren, um zur Identifikation spezifischer Positionen zu gelangen.

Durch den knapp bemessenen Platz zur Beantwortung der Fragen waren die Befragten gezwungen, kurze, prägnante Antworten zu geben, die oft auch schlagwortartig oder in Kurzformeln formuliert wurden. Die Auswertung war folglich mit einer Deutungs- und Interpretationsvielfalt konfrontiert. In der Konsequenz hielten wir uns deshalb stärker an eine Darstellung der Ergebnisse, die die Begrifflichkeiten der Teilnehmer aufnehmen, als an eine weitergehende Verdichtung und Interpretation.

Die Darstellung der Ergebnisse gliedert sich entsprechend des Fragebogens nach den Schwerpunkten „Leitbild Nachhaltigkeit“, „Indikatoren nachhaltiger Projekte am Runden Tisch“ und „Vernetzung und Lobbying“. Folgende Fragen sollten beantwortet werden:

1. Wie ist die soziale Dimension im Gesamtkonzept der Nachhaltigkeit integriert?
2. Mit welchen Begriffen und Projekten wird die soziale Dimension ausgefüllt?
3. Gibt es ein spezielles Antwortverhalten der sozialen Akteure am Runden Tisch?
Oder: Wer benennt soziale Aspekte der Nachhaltigkeit?

Die Teilnehmer-Befragung am Runden Tisch wurde durch themenzentrierten Interviews, die mit zwei Vertreterinnen der Gewerkschaften in Berlin durchgeführt wurden, ergänzt. Gewerkschaften wurden gewählt, weil anzunehmen ist, dass sie als Interessenvertretung der Arbeitnehmer Arbeit und Beschäftigung als zentrale Aspekte sozialer Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellen. Die zentralen Leitfragen der Interviews waren:

1. Wie wird die soziale Dimension der Nachhaltigkeit von den Gewerkschaften implizit bzw. explizit benannt?
2. Welchen spezifischen Beitrag können die Gewerkschaften im Nachhaltigkeitsprozess erbringen?

5.2 Ergebnisse der Befragung

5.2.1 Leitbild Nachhaltigkeit – das gemeinsame Verständnis der Teilnehmer

Die Erstellung eines Aktionsprogramm für die Zukunft erfordert es, eine langfristige Perspektive zu entwickeln. Dies wirft für die Akteure des Runden Tisches die folgenden Fragen auf: Wie soll sich die Region Berlin-Brandenburg in den nächsten 10 bis 20 Jahren entwickeln? Und wie lässt sich der Begriff der „Zukunftsbeständigkeit“ für die Region definieren? Erst ein gemeinsames Verständnis über zukünftige Entwicklungsrichtungen und -ziele macht auch ein gemeinsames Handeln möglich.

Die Teilnehmer des Runden Tisches wurden zunächst nach den wichtigsten und prägnantesten Merkmalen einer Strategie der Nachhaltigkeit gefragt. Darauf antworteten sie einerseits mit der Benennung von Strategiemerkmalen; andererseits formu-

lierten sie konkrete Nachhaltigkeitsziele (z.B. Reduktionsziele). Im Folgenden soll näher auf die genannten Strategiemerkmale eingegangen werden.

Im Mittelpunkt einer Strategie der Nachhaltigkeit steht die Notwendigkeit der gleichzeitigen Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimensionen. Dieses Merkmal wurde elfmal benannt. Die konsequente Berücksichtigung aller drei Säulen der Nachhaltigkeit bedeutet für die Befragten die inhaltliche Integration der Themenbereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales. Die Betonung nur einer der drei Säulen der Nachhaltigkeit, z.B. der ökologischen Nachhaltigkeit, ist ein eher seltener Fall. Der Maxime der Dreidimensionalität von Nachhaltigkeit liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Umweltprobleme keine oder nur unzureichende Lösungschancen haben, wenn nicht gleichzeitig die anderen Zieldimensionen gesellschaftlicher Entwicklung berücksichtigt werden. In Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Ausgrenzung können Konzepte der nachhaltigen Entwicklung nur umgesetzt werden, wenn sie an soziale Problemlagen anschlussfähig sind. Die gleichzeitige Berücksichtigung der drei Zieldimensionen gehört mittlerweile zum Standard von Zukunftsstudien und ist zumeist Konsens in den Diskursen über Nachhaltigkeit. Auf der Ebene der Umsetzung zeigt sich allerdings, dass dieser integrative Anspruch kaum realisiert ist.

Auch für die Teilnehmer des Runden Tisches stellt sich damit die Frage, wie dieser Anspruch erfüllt werden kann. Handelt es sich bei der Dreidimensionalität von Nachhaltigkeit um eine Gleichstellung der drei Säulen im Sinne einer Gleichgewichtigkeit, oder geht es vielmehr um eine systematische Verknüpfung, bei der die drei Aspekte eine unterschiedliche Gewichtung erfahren können?

Eine weitere Erkenntnis der befragten Teilnehmer des Runden Tisches ist, dass eine Auseinandersetzung über die Zukunftsbeständigkeit der Region Berlin-Brandenburg nur im kommunikativen Austausch erfolgen kann. Die Befragten betonen die Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung und der breiten Partizipation aller relevanten gesellschaftlichen Akteursgruppen. Dieses Merkmal wurde neunmal genannt. Dabei sollte der Kommunikationsprozess öffentlich und transparent gestaltet werden. Ziel kommunikativer Prozesse sind ausgehandelte Konsenslösungen mit der Einigkeit über Ziele und Wege nachhaltiger Strategien. Die Konsenslösungen sollten prinzipiell umsetzungsorientiert sein. Derart gestaltete gesellschaftliche Kommunikationsprozesse werden von den Befragten mit einer neuen politischen Kultur des Dialogs assoziiert.

Die Debatten im Akteursnetzwerk sind natürlich von spezifischen und unterschiedlichen Interessen der Akteure bestimmt, die kommuniziert werden müssen. Dieser Austausch verläuft durchaus konfliktreich, denn Konsenslösungen bedürfen einer Aushandlung. Auffällig ist, dass in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Konfliktvermittlung (z.B. Moderation) explizit kaum von den Akteuren genannt wird.

Weiterhin bündelten sich fünf Antworten unter der Oberkategorie „Vernetzung/Kooperation der Akteure“. Das meint nicht nur die bloße Teilhabe der gesellschaftlichen Akteure am Kommunikationsprozess, sondern das Sich-ins-Verhältnis-Setzen der

Teilnehmer mit ihren spezifischen Belangen zu einer Vielzahl anderer Interessen, um so nach Synergien und Kompromisslösungen zu suchen. Auf diese Weise eröffnen sich Chancen, gemeinsame Vorhaben zu entdecken und sie mit mehr Kompetenz, Durchsetzungsvermögen und einer breiteren gesellschaftlichen Akzeptanz realisieren zu können. Hierin kommt u.a. der Netzwerk-Charakter von Runden Tischen zum Ausdruck.

Des Weiteren sind nachhaltige Strategien aus der Sicht der Teilnehmer dadurch gekennzeichnet, dass sie als längerfristige Zukunftsstrategien gedacht werden müssen.⁹ Eine Strategie der Nachhaltigkeit betont damit die Notwendigkeit von Bewusstseins- und Verhaltensänderungen,¹⁰ die mit einem Wandel von Wertvorstellungen (z.B. über Lebensqualität) verbunden sind. Nachhaltigkeitsstrategien stellen daher die einfache Fortsetzung von Routinen bei den gesellschaftlichen Akteursgruppen in Frage und erfordern Lern- und Suchprozesse, zur Überwindung bisher ungelöster Probleme, die auch nicht zu schnellen Erfolgen führen. Hierin wird vor allem der innovative Charakter von Konzepten der nachhaltigen Entwicklung deutlich. Die Betonung von Veränderungen weist darauf hin, dass die Befragten den Prozesscharakter nachhaltiger Strategien erkennen. Für den Runden Tisch und seine Teilnehmer bedeutet dies auch, dass eine nachhaltige Strategie für Berlin und Brandenburg keine ultimativ konsensfähige und einmal verabschiedete Papiervorlage sein kann, sondern möglichst dynamisch und flexibel fortgeschrieben und den aktuellen Erfordernissen immer wieder angepasst werden sollte.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der von den Befragten betont wurde, bezieht sich auf die Ebene der Umsetzung nachhaltiger Strategien. Der regionalen und lokalen Ebene kommt aus der Sicht von sechs Befragten hierbei eine zentrale Bedeutung zu. „Global Change“ Probleme in ihrer Verknüpfung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Problemen treten nur in regional bzw. lokal spezifischen Zuschnitten auf. Veränderungsstrategien müssen sinnvollerweise auch auf dieser Ebene ansetzen (Brand 1997). In den Städten und Kommunen werden die Folgen des eigenen Handelns besonders erfahrbar; sie bieten günstige räumliche und soziale Bedingungen für politische Beteiligung, kollektive Mobilisierung und Lernprozesse. Die Teilnehmer des Runden Tisches streben eine Umsetzung nachhaltiger Strategien auf der regionalen Ebene an, wobei Berlin und Brandenburg als eine Region gedacht werden.

Die internationale Dimension von Nachhaltigkeit spielt aus der Sicht der Befragten hingegen eine weniger prioritäre, aber nicht zu vernachlässigende Rolle. Dieser Aspekt wird als internationale Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd sowie mit der Formel „Global denken, lokal handeln“ thematisiert. Denn durch die Vielzahl nachhaltiger Aktionen in den Kommunen entstehen kumulative Effekte mit globalen Auswirkungen.

9 Dies sehen acht Akteure als wesentlich an.

10 Dieses Merkmal wurde elfmal genannt.

Antwortverhalten der sozialen Akteure am Runden Tisch

Das Antwortverhalten der sozialen Akteure am Runden Tisch zu den Strategie-merkmalen einer nachhaltigen Entwicklung unterscheidet sich in den Kernaussagen kaum von dem der anderen Akteure. In ihren Antworten werden u.a. explizit Ziele genannt, die sich als soziale Dimensionen nachhaltiger Strategien bezeichnen lassen. Hierbei geht es um die Gleichstellung von Frauen, die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen – als Vertreter der zukünftigen Generationen – in den Agenda-Prozess sowie um die Berücksichtigung ihrer speziellen Interessen- und Problemlagen. Dementsprechend sollte die Schul- und Hochschulpolitik in Berlin und Brandenburg den Erfordernissen einer zukunftsfähigen Entwicklung gerecht werden.

Neben der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit wird von einigen sozialen Akteuren am Runden Tisch die Gleichrangigkeit der drei Zieldimensionen als ein Merkmal einer nachhaltigen Entwicklung betont. Dabei bleibt in den Antworten jedoch unklar, wie diese erreicht werden kann. In den Antworten der sozialen Akteure zu den Strategie-merkmalen tauchen auch Begriffsformulierungen wie „sozialverträglicher Wandel“ und „soziale Gerechtigkeit“ auf. Ein konkretes Ziel, das dazu von den Akteuren benannt wird, ist z.B. die präventive Arbeitsmarktpolitik, die soziale Ausgrenzung verhindern soll. Soziale Integration wird ihrer Meinung nach über Erwerbsarbeit erreicht; andere Formen von Arbeit, wie Familienarbeit oder Gemeinwesenarbeit, werden nicht genannt.

5.2.2 Leitbild Nachhaltigkeit – das gemeinsame Verständnis von Durchsetzungshindernissen

Leitbilder sind ihrem Charakter nach zukunftsweisende Visionen. Ihre Stärke besteht in der Orientierungsfunktion für längerfristige Entwicklungen in Städten, Gemeinden und Regionen. Konkrete Umsetzungshindernisse müssen bei der Formulierung von Leitbildern zunächst notwendigerweise außer Acht gelassen werden. Bei einer kurz- und mittelfristigen Operationalisierung des Leitbildes und der Bestimmung konkreter Umsetzungsschritte wird jedoch der Blick auch auf Durchsetzungshindernisse gelenkt. Schaut man sich die Hinderungsgründe für die Realisierung von Nachhaltigkeitskonzepten in Bezug auf die genannten Merkmale von Nachhaltigkeitsstrategien an, so finden sich starke Entsprechungen (Tabelle 1).

Ein weiterer, anders gelagerter Komplex von Hinderungsgründen wird in dem Charakter von Nachhaltigkeitskonzepten selbst gesehen, der als sehr abstrakt, komplex und alltagsfern beschrieben wird. Das Konzept der Nachhaltigkeit wurde bisher sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis unzureichend konkretisiert und operationalisiert. Des Weiteren nehmen die befragten Akteure einen Mangel an substantieller Tragfähigkeit des Konzeptes wahr. Aus der Sicht einiger Akteure wird der Begriff der Nachhaltigkeit zumeist einseitig verwendet, indem einzig und allein auf die ökologische Dimension Bezug genommen wird.

Tab. 1: Leitbildmerkmale und Hinderungsgründe für die Umsetzung

<i>Merkmale einer Strategie der Nachhaltigkeit</i>	<i>Hinderungsgründe für die Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten</i>
Dreidimensionalität von Nachhaltigkeit (11x)	Interessenunterschiede der Akteure; ökologische, ökonomische und soziale Zielkonflikte (5x)
Verhaltens- und Bewusstseinsveränderungen (11x)	Nicht gewünschte Veränderungen von Lebens- und Konsumstilen (5x)
Kommunikation und Partizipation der Bürger sowie relevanter gesellschaftlicher Akteursgruppen (9x)	<ul style="list-style-type: none"> – fehlende Partizipation der Bürger (5x) – Nachhaltigkeit ist kein öffentliches Thema (4x) – Pluralität der Lebensstile und Individualisierung erschweren den Konsens (4x) – Fehlende gesellschaftliche Dialogkultur (2x) – Fehlendes Problembewusstsein bei den politischen Akteuren (2x)
Perspektivcharakter (8x)	<ul style="list-style-type: none"> – Denken in kurzen Zeiträumen (3x) – Marktorientierung und (internationaler) Wettbewerb (4x) – Zukunftsorientierung erscheint als nicht anschlussfähig an Alltagsprobleme (2x)
Vernetzung und Kooperation (5x)	<ul style="list-style-type: none"> – Vorherrschendes Ressortdenken (5x) – Mangelnde Reformfähigkeit von Politik und Verwaltung (3x)
Regionale Verankerung (5x)	
	Fehlende Finanzmittel (3x)

Quelle: eigene Zusammenstellung; Ergebnisse der Teilnehmerbefragung am „Runden Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“(1998), Eckart Hildebrandt und Jana Rückert-John (WZB)

Interessant bei der Gegenüberstellung in Tabelle 1 ist die Vielfalt der Hinderungsgründe für die Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien. Dabei werden die häufig in der Literatur (u.a. Rösler/Kallen 1999) genannten fehlenden personellen und finanziellen Mittel in dieser Befragung eher selten angeführt. Zusammenfassend sehen die Befragten folgende Merkmale als Schwächen bisheriger Nachhaltigkeitskonzepte:

- die mangelnde bzw. fehlende Integration der Themenbereiche,
- die fehlende Einbeziehung der Bürger bei der Formulierung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien, z.B. in lokalen Agenda-Prozessen,
- die nicht gewünschten Veränderungen der Lebens- und Konsumstile und
- die fehlende Anschlussfähigkeit der Konzepte an die Alltagswelt.

Eine hohe Bedeutung bei der Durchsetzung des Prinzip Nachhaltigkeit wird der Öffentlichkeitsarbeit beigemessen. Nur so kann der Runde Tisch sein Anliegen nach außen tragen, sich eine Stimme verschaffen, Themen öffentlichen Interesses aufgreifen und besetzen, um so Beachtung und Akzeptanz in der politischen Arena und in

der Bevölkerung zu erlangen. Zu diskutierende Fragen sind hierbei u.a. wie und mit welchen Formen eine breite Bürgerbeteiligung vom Runden Tisch realisiert werden kann.

5.2.3 Projekte der Nachhaltigkeit

Ein zweiter Schwerpunkt der Befragung geht von dem Grundsatz aus, dass Nachhaltigkeitsstrategien an den vordringlichsten Problemen der Region ansetzen müssen und von den Potentialen der Teilnehmer des Runden Tisches ausgehen. Sie müssen laufende Projekte aufgreifen und neue generieren. Örtliche Prioritäten sollten in diesem Prozess möglichst frühzeitig sichtbar werden und eine Konzentration auf das Wesentliche ermöglichen.

In diesem Zusammenhang wurde deshalb nach Problemen der Nachhaltigkeit in Berlin und Brandenburg und nach den wichtigsten Beiträgen und Projekten der teilnehmenden Organisationen und Institutionen am Runden Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in der Region gefragt. Zunächst sollen die aktuellen Probleme, nach Themenfeldern gebündelt, dargestellt werden.

Aktuelle Probleme der Nachhaltigkeit in Berlin und Brandenburg

Das dringlichste Problem der Nachhaltigkeit in Berlin und Brandenburg sehen die befragten Teilnehmer des Runden Tisches in der Überlastung durch den motorisierten Individual- und den Wirtschaftsverkehr (10x). Perspektivisch ist für die Region eine weitere tendenzielle Zunahme des „Mobilitätsdrucks“ infolge steigender Flexibilitätserfordernisse innerhalb der Arbeitswelt und der räumlichen Ausdifferenzierung im Zuge der Suburbanisierung zu erwarten (Berlin-Studie 1999).

Einen weiteren Problemkomplex erkennen die Befragten in dem politischen Verhältnis zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg. Die entsprechenden Antworten thematisieren in eher allgemeinen Formulierungen die Stadt-Umland-Beziehung zwischen Berlin und Brandenburg (7x) als Problem. Des Weiteren werden konkretere Schwierigkeiten ausgemacht, die sich einerseits auf den politisch-administrativen Handlungsbereich, wie z.B. die getrennt laufenden Planungen beider Länder (2x) und auf die starre Bezirks- und Verwaltungsreform (3x) beziehen; andererseits werden ökologische Themen angesprochen, wie der steigende Flächenverbrauch (4x), ein gemeinsamer Abfallwirtschaftsplan (2x), das Energie- und Wassersparen und die Sicherung und Entwicklung vorhandener Naturräume (3x). Die gescheiterten Fusionsabsichten Berlin und Brandenburgs, die implizit den vorher genannten Antworten zu Grunde liegen, werden nur in einer Antwort konkret als Problem für eine nachhaltige Entwicklung der Region thematisiert.

Als gravierende soziale Probleme der Nachhaltigkeit werden Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Armut (10x) angeführt, wobei der Zukunft der Arbeit (6x) der höchste Rang eingeräumt wird. In der starken Betonung dieser Themen kommt sowohl deren Dringlichkeit als auch die Notwendigkeit einer prioritären Bearbeitung und Bewältigung zum Ausdruck. Die sozialen Akteure am Runden Tisch beurteilen die (Massen-)Arbeitslosigkeit als grundlegendes Problem der nachhaltigen Entwick-

lung, ohne dessen Lösung „*sich auch das andere schwer gestalten lässt*“,¹¹ Möglichkeiten für die Bewältigung dieses Problems sehen die Befragten verstärkt in regionalen Arbeitsmarktkonzepten und in ökologischen Innovationen. Regional nachhaltige Strukturkonzepte, die von den Stärken der gemeinsamen Region Berlin-Brandenburg ausgehen, werden als innovative Problemlösungsstrategien betrachtet. Defizite werden derzeit vor allem bei den Beschäftigungsmöglichkeiten für unqualifizierte und niedrig qualifizierte Arbeitnehmer gesehen. Insgesamt ist festzuhalten, dass die sozialen Probleme der Nachhaltigkeit jedoch nicht ausschließlich von den sozialen Akteuren am Runden Tisch thematisiert werden.

Bezüglich der ökonomischen Probleme der Nachhaltigkeit in der Region stellen die Befragten die mangelnde Innovationsfähigkeit der Wirtschaft (8x) in den Mittelpunkt der Betrachtung, die u.a. auf die klein- und mittelständische Struktur der Unternehmen in den neuen Bundesländern (Ostberlin und Brandenburg) zurückzuführen ist. Gerade unter diesen spezifischen Bedingungen stellen vernetzte Strukturen und Kooperationen Chancen für die Unternehmen dar.

Interessant ist auch, dass prozessbegleitende Maßnahmen der nachhaltigen Entwicklung als problematisch und defizitär eingeschätzt werden; so z.B. die öffentliche und transparente Gestaltung von Ansätzen der nachhaltigen Entwicklung sowie deren Förderung (5x). Hervorzuheben ist hierbei auch die Thematisierung der internen Kooperations- und Kommunikationsprobleme am Runden Tisch (5x). Lediglich dreimal wurden fehlende finanzielle Mittel als Problem angeführt.

Laufende Projekte und neue Projektideen

Die Teilnehmer des Runden Tisches sehen den Hauptbeitrag ihrer jeweiligen Organisation bzw. Institution in der Erstellung von Konzepten und Problemlösungsvorschlägen (14x). Dabei sind die *konzeptorientierten Projekte* teilweise allgemein gehalten und beziehen sich auf eine erklärte Beteiligung an konzeptionellen Ausarbeitungen; andererseits werden aber auch konzeptorientierte Projekte angegeben, die eine konkrete wissenschaftliche Zielrichtung verfolgen und die Ergebnisse in den Agenda-Prozess einspeisen wollen. Folgende Vorhaben wurden benannt:

- Wissenschaftliche Konkretisierung des Nachhaltigkeitsbegriffes, Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien,
- Operationalisierung der Nachhaltigkeit auf der Ebene der Stadt- und Regionalplanung,
- Entwicklung von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum,
- Erstellung einer umwelt- und entwicklungspolitischen Bilanz Berlin-Brandenburgs.

Während die Vorschläge zur Konzepterstellung nicht immer den Aspekt der Realisierbarkeit berücksichtigen, beziehen sich viele Antworten auch auf konkrete *umsetzungsorientierte Projekte* bzw. Initiativen (13x). Hier lässt sich zwischen bereits beste-

11 Interviewzitat

henden Projekten und neuen Projektideen unterscheiden. Die Vorschläge stammen vor allem von den Umwelt- und Naturschutzverbänden (4x) und den Vertretern aus Politik und Verwaltung (5x). Die umsetzungsorientierten Projektvorschläge konzentrieren sich u.a. auf die Bereiche Energie, Perspektiven betrieblicher Arbeit, Arbeitshilfe nachhaltige Stadtentwicklung, Verkehrsreduzierung durch den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), Kreislaufmanagement und Innovationsmanagement in kleineren und mittleren Unternehmen.

Neben den konzept- und umsetzungsorientierten Projekten formulieren die Akteure ihre Vorstellungen zur Unterstützung des Agenda-Prozesses am Runden Tisch. Die Teilnehmer verstehen hierunter, zur Öffentlichkeitsarbeit (9x) beizutragen, eine breite gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen sowie die Kooperation und Vernetzung der Akteure zu unterstützen (10x). Des Weiteren verstehen sich einige Akteure als Multiplikatoren in ihrer Institution, Organisation bzw. in ihrem Unternehmen. Die genannten Aspekte werden nicht ausschließlich von einer – womöglich der sozialen – Akteursgruppe vertreten; sie werden von allen am Runden Tisch repräsentierten Akteursgruppen als wichtige Bedingungen für die Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten erkannt.

Die sozialen Akteure des Runden Tisches verweisen nicht nur auf soziale und arbeitspolitische Themen wie Arbeitslosigkeit und die Zukunft der Erwerbsarbeit; einige verstehen sich auch als kompetente Akteure, bei der Bewältigung dieser Probleme mitzuwirken. Folgende Beiträge werden vor allem von Vertretern aus Politik und Verwaltung, aber auch der Gewerkschaften formuliert: Beschäftigungsförderung im Umweltbereich, Förderung der beruflichen Weiterbildung der Beschäftigten und soziale Reintegration der Arbeitslosen.

Tab. 2: Probleme der nachhaltigen Entwicklung und entsprechende Projektvorhaben der Teilnehmer des Runden Tisches

<i>Probleme der nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg</i>	<i>Konzept- und Umsetzungsorientierte Projektvorhaben</i>	<i>Akteure einer nachhaltigen Entwicklung</i>
Voneinander isolierte Planungsabläufe in den Ländern	– Nachhaltige Stadt- und Regionalplanung (Operationalisierung und Umsetzung)	Sozialverwaltung
Fehlende gemeinsame Abfallwirtschaft	Entwicklung von Müllregelungen	Wirtschaftsunternehmen
Flächenverbrauch	– Nachhaltige Landschaftsplanung – Renaturierung von Kulturlandschaften – Entsiegelung von Flächen	Wirtschafts- und Berufsverbände, Umwelt- und Naturschutzverbände, Umweltverwaltung
Energieverbrauch	– Energietisch, Fachrunde Energie	Sozialverwaltung

<i>Probleme der nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg</i>	<i>Konzept- und Umsetzungsorientierte Projektvorhaben</i>	<i>Akteure einer nachhaltigen Entwicklung</i>
Probleme des ländlichen Raums	Entwicklung des ländlichen Raums	Wirtschafts- und Berufsverbände
Überlastung durch den motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr	Verkehrsreduzierung durch den ÖPNV	Gewerkschaften, Umwelt- und Naturschutzverbände
Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – Perspektiven betrieblicher Arbeit – Regionale Arbeitsmarktkonzepte – Beschäftigungsförderung im Umweltbereich – Berufliche Qualifikation 	Sozialverwaltung, Gewerkschaften, Umwelt- und Naturschutzverbände
Nachhaltige und innovationsfähige Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> – Kreislaufmanagement – Regionale ökologische Produktion – Förderung der Innovationsfähigkeit in KMUs – Ressourcenschonender Umgang in der Wirtschaft 	Wirtschaftsunternehmen, Wirtschafts- und Berufsverbände, Körperschaften des Öffentlichen Rechts
Öffentlichkeit und Transparenz im Agenda-Prozess	Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation der Bürger und relevanter gesellschaftlicher Akteursgruppen	Wirtschafts- und Berufsverbände, Umwelt- und Naturschutzverbände, Gewerkschaften, Kirche, Wissenschaft/Bildung, Wirtschaftsunternehmen
Förderung nachhaltiger Ansätze	Kooperation und Vernetzung der Akteure (z.B. im Unternehmensnetzwerk „Nachhaltigkeit“)	Wissenschaft/Bildung, Kirche, Körperschaften des Öffentlichen Rechts, Politik und Verwaltung
Interne Kooperations- und Kommunikationsprobleme	Förderung einer neuen (politischen) Kultur des Dialogs	Wirtschafts- und Berufsverbände, Wissenschaft/Bildung

Quelle: Ergebnisse der Teilnehmerbefragung (1998), Eckart Hildebrandt und Jana Rückert-John (WZB)

Die benannten Bereiche und Themenfelder in den konzept- und umsetzungsorientierten Projekten finden eine Entsprechung in den oben aufgeführten Antworten zu den aktuellen Problemen der Nachhaltigkeit in Berlin und Brandenburg. Da Nachhaltigkeitsstrategien nicht nur an den vordringlichsten Problemen der Region ansetzen, sondern auch von den Potentialen der regionalen Akteure ausgehen müssen, soll in einem weiteren Auswertungsschritt (Tabelle 2) der folgenden Frage nachgegangen

werden: Welche Akteure greifen mittels welcher Projekte die identifizierten Problemfelder der Region auf?

Bei der Gegenüberstellung von Problemen, Projekten und Akteuren in Tabelle 2 wird deutlich, dass die genannten Schwerpunktprobleme auf der Projektebene im Wesentlichen ihre Berücksichtigung finden. Zu den drei explizit genannten sozialen Brennpunkten der nachhaltigen Entwicklung – Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Armut – werden von den Akteuren vorrangig arbeits- und beschäftigungsorientierte Projektvorhaben formuliert. Potentiale zur Sicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen werden in der Umweltbranche (neue Produkte und Dienstleistungen) gesehen, aber auch im Zusammenhang mit der Nutzung von Energiesparpotentialen in kleinen und mittleren Unternehmen. Die Projektvorhaben beziehen sich vor allem auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Erwerbsarbeitssektor; andere Formen der Arbeit scheinen bei den Projektvorhaben keine oder nur eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Projektvorhaben, die explizit auf die Überwindung von Obdachlosigkeit und Armut zielen, werden nicht genannt. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die oben aufgeführten Vorhaben, die sich in erster Linie auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit beziehen, implizit auch einen Beitrag zur Linderung von Obdachlosigkeit und Armut leisten. Als kompetente Akteure bei der Problemlösung verstehen sich vor allem die Sozialverwaltungen, die Gewerkschaften, aber auch die Umwelt- und Naturschutzverbände. Mit der Forderung nach Berücksichtigung der sozialen Dimension „Öffentlichkeit und Partizipation“ identifizieren sich die meisten der am Runden Tisch vertretenen Akteursgruppen.

Angesichts der Vielzahl der genannten Projekte stellt sich für die Bearbeitung am Runden Tisch die Frage nach ihrem nachhaltigen Charakter. Denn Nachhaltigkeit erfordert eine neue und spezifische Qualität von Projekten, insbesondere in ihrer gesellschaftlich-sozialen Dimension. Deshalb sind solche Vorhaben, die sich bereits in der Durchführung befinden, auf ihren nachhaltigen Gehalt zu prüfen; bei der Neugenerierung von Projekten müssen Kriterien der Nachhaltigkeit definiert und berücksichtigt werden. Nur so kann verhindert werden, dass unter dem Label der Nachhaltigkeit „alter Wein in neuen Schläuchen“ verkauft wird, oder dass darunter alle nur denkbaren Projektideen ihren Platz finden. Andernfalls liefe das Konzept der Nachhaltigkeit Gefahr, zur Leerformel zu verkommen. Erste Überlegungen zu den Kriterien der nachhaltigen Projekte des Runden Tisches wurden im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur „Projektbörse“ bereits angestellt.

5.2.4 Kooperation der Akteure

Ein dritter Schwerpunkt der Befragung beruht auf der Annahme, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit kommuniziert und kooperativ durchgesetzt werden muss. Es sind weniger die Inhalte, die im Agenda Prozess neu sind, als vielmehr die Erkenntnis, dass tragfähige Lösungen zur Gestaltung der Zukunft nur mit allen relevanten gesellschaftlichen Akteursgruppen ausgehandelt und gemeinsam umgesetzt werden können. Die Kooperation unter den Netzwerkteilnehmern setzt voraus, dass alle Beteilig-

ten wissen, welche konkreten Beiträge jeder einzelne Akteur leisten kann. Gleichzeitig sollten die Akteure ihre gegenseitigen Erwartungen klären.

Kooperationserfordernisse am Runden Tisch

Bei der Frage nach den wichtigsten Beiträgen, die von jeweils anderen Teilnehmern des Runden Tisches erwartet werden, unterscheiden die Befragten in ihren Antworten folgende Akteursgruppen: Senat und Ministerien, Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände. Bedeutsam ist, dass quasi als fünfte Gruppe „alle Akteure“ genannt wurden. Dies deutet darauf hin, dass die Teilnehmer sich gemeinsam für das Gelingen des Runden Tisches verantwortlich fühlen. Die Befragten betonen folgende Verhaltensweisen aller Teilnehmer als Bedingung für ein erfolgreiches Verfahren am Runden Tisch.

- Bereitschaft zur Suche und zur Umsetzung von konkreten Lösungsvorschlägen (8x),
- Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft (8x),
- Offenheit und Ehrlichkeit bei der Problemdarstellung und Konsensfindung (2x),
- Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Entscheidungsfindung (2x),
- Geduld und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Interessen (3x).

Die Betrachtung zeigt, dass den ersten beiden Verhaltensweisen die größte Bedeutung beigemessen wird.

Erwartungen an einzelne Akteursgruppen

Von den Vertretern des Berliner Senats und den Vertretern der Ministerien in Brandenburg wird eine „ernsthafte“ und „engagierte“ Unterstützung und Förderung nachhaltiger Ansätze erwartet. Das meint nach dem Verständnis der Befragten beispielsweise, „Verbindlichkeiten für künftige Empfehlungen“ zu geben. Eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und das „Vorantreiben der eigenen Verwaltungs- und Bezirksreform“ werden hierbei als fördernde Faktoren des Nachhaltigkeitsprozesses gesehen. An Politik und Verwaltung richtet sich die Erwartung, Projekte des Runden Tisches finanziell zu unterstützen.

Von den Vertretern der Wirtschaft erhoffen sich die anderen Teilnehmer des Runden Tisches vor allem „ökologische Innovationen“ in den Unternehmen, also z.B. die Reduktion des Energie- und Wasserverbrauchs. Die ökologischen Innovationen sollten „konkrete Lösungsvorschläge mit echten Handlungsmöglichkeiten“ darstellen. Zudem wird die Erwartung einer umwelt-, sozial- und entwicklungsverträglichen Wirtschaftsweise geäußert. Von den Vertretern der Wirtschaft erhofft man sich ebenfalls finanzielle Unterstützungsleistungen für die Arbeit des Koordinationsbüros des Runden Tisches und für Projekte.

Von den Wissenschaftlern am Runden Tisch wünschen sich die anderen Teilnehmer wissenschaftliche Beratung, so z.B. in Form eines Indikatorensystems für die nachhaltige Entwicklung oder in Form von „mobilisierungsfähigen Leitbildern“. Dabei wird Wert auf eine anschauliche Vermittlung gelegt.

Von den NGOs erwarten die Befragten eine „aktive Beteiligung“ und – ebenso wie von den Unternehmen – die Förderung ökologischer Innovationen. Des Weiteren wurde die Idee der „Unterschutzstellung ökonomischer und sozialer Entwicklungskonzepte bei gleichzeitiger Ausweisung“ als ein möglicher Beitrag der teilnehmenden Verbände vorgeschlagen.

Nachdem die Akteursgruppen am Runden Tisch ihre gegenseitigen Erwartungen diskutiert hatten, stellten sich für die weitere Bearbeitung des Schwerpunktes „Vernetzung und Lobbying“ folgende Fragen und Problemfelder. Im Sinne der Kooperation der Akteure ist es wichtig zu überlegen, wie eine Ansprache der verschiedenen gesellschaftlichen Hauptakteursgruppen erfolgen kann. Einerseits gilt es zu überlegen, welchen Interesse die verschiedenen Akteure an einer Kooperation haben bzw. welchen Nutzen sie daraus ziehen können, und andererseits, in welchem Forum diese verhandelt werden können.

Des Weiteren stellt sich für die Teilnehmer die Frage, in welcher Form der Runde Tisch trotz des länderübergreifenden Ansatzes und seiner, den lokalen Einheiten (Berliner Stadtbezirke und Brandenburger Kommunen) übergeordneten Struktur, der eingeforderten Bürgerbeteiligung entsprechen kann. Diese Frage darf deshalb nicht vernachlässigt werden, weil eine zukunftsorientierte Politik, an den Bedürfnissen der Bürger vorbei, unmöglich zu realisieren ist. Partizipation kann also als soziale Bedingung für die Umsetzung nachhaltiger Strategien angesehen werden; sie ermöglicht tragfähige Problemlösungen und somit die Anschlussfähigkeit an die soziale Lebenswelt.

Um unter den relevanten gesellschaftlichen Akteursgruppen am Runden Tisch einen ernsthaften diskursiven Prozess in Gang zu bringen, der zu einer Einigung über das Ziel und die Wege nachhaltiger Strategien sowie über die prinzipielle Umsetzungsorientierung führt, bedarf es neben einer kompetenten Moderation der Klärung folgender Fragen. Welche Formen der Konfliktaustragung und Konfliktvermittlung sollten im kommunikativen Prozess ihre Anwendung finden? Welchen Modus der Konsensbildung definiert der Runde Tisch für sich? Und wie kann über die ausgehandelten Lösungen bei den teilnehmenden Organisationen und Institutionen bezüglich der Umsetzung von nachhaltigen Konzepten Verbindlichkeit hergestellt werden?

6. Nachhaltigkeit aus der Sicht von Gewerkschaftsvertretern

Nachdem die mit Hilfe einer schriftlicher Teilnehmerbefragung am Runden Tisch erhobenen Sichtweisen der unterschiedlichen Akteure und Akteursgruppen zu den verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeit dargestellt worden sind, soll nun auf die Positionen der Gewerkschaftern eingegangen werden. Die Grundlage für die weitere Betrachtung bilden die themenzentrierten Expertengespräche, die mit einer Vertreterin des DGB und einer Vertreterin der ÖTV geführt wurden. In den Interviews wurden das Nachhaltigkeits-Verständnis der Gewerkschaftsvertreterinnen und ihr Zugang zum Thema ebenso problematisiert wie konkrete Projekt- und Kooperationsvorhaben.

6.1 Leitbild Nachhaltigkeit

Die Gewerkschaften haben sich mit dem Thema Umweltpolitik lange Zeit schwer getan. Die befragten Akteure beschreiben die Positionen der Gewerkschaften in den 70er und 80er Jahren wie folgt: *„Der Zugang zum Thema ‚Umweltpolitik‘ hatte eigentlich immer mehr mit anderen Themen zu tun. Es ist erst so seit Ende der 80er Jahre, dass auch unter dem Thema Umweltpolitik endlich mal diskutiert worden ist.“*¹² Die euphemistische Behauptung, dass umweltpolitische Fragestellungen implizit und vermittelt über andere Themen, wie z.B. den Arbeits- und Gesundheitsschutz, *„schon immer von den Gewerkschaften mitbehandelt wurden“*, kaschiert deren späten Bewusstseinswandel allerdings nur schlecht.

Der Zugang der Gewerkschaften zur aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist stark durch das Thema Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bestimmt. Die Gewerkschaftsvertreterinnen sehen den Anspruch nachhaltiger Strategien vor allem dadurch gekennzeichnet, *„Umweltschutzaspekte mit der Sicherung von Arbeitsplätzen zu verbinden“*. Umweltschutz darf demnach nicht zu Lasten der Erwerbsarbeit gehen. *„Über diese Verbindung ist eine Akzeptanz bei den Mitgliedern, über das Thema Nachhaltigkeit nachzudenken, gegeben.“* So argumentiert eine Gewerkschaftsvertreterin, dass beispielsweise der Ausstieg aus der Atomenergie nicht einseitig unter ökologischen Aspekten bewertet werden darf, sondern gleichzeitig im Zusammenhang mit den sozialen Auswirkungen, dem Verlust von Arbeitsplätzen, diskutiert werden muss. In dieser Argumentation sieht die Befragte heute eine Richtungsnähe zur Umweltbewegung. Diese habe im Umweltdiskurs u.a. auch für die Gewerkschaften die Verknüpfungen der ökologischen Dimension mit sozialen Problemlagen aufgezeigt. In der Reflexion wird hier nochmals deutlich, dass diese

12 Alle folgenden Zitate im Kapitel 6 sind Interviewzitate.

Synergien erst spät von den Gewerkschaften selbst erkannt wurden. Andererseits weist dies auch darauf hin, dass die gewerkschaftliche Sicht auf die Verbindung von ökologischen und sozialen Themenstellungen einseitig ist. So werden lediglich positive Aspekte der Verkopplung betont; die Risiken für die Organisation, die in einer weitergehenden Umweltverantwortung liegen (Hildebrandt 1999), werden nicht thematisiert. Die Gewerkschaften versuchen über diesen einseitigen Zugang zur Nachhaltigkeit eine „*Annäherung an Umweltfragen bei ... Aufrechterhaltung der sozialen Frage*“, bei der die Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund steht.

Für die befragten Gewerkschaftsvertreterinnen besteht ein zentrales Merkmal nachhaltiger Konzepte nicht nur in der systematischen Verknüpfung der Zieldimensionen, sondern zudem in ihrer gleichgewichtigen Behandlung. Nur so sehen sie gewährleistet, dass das Soziale eine angemessene Berücksichtigung in den Konzepten nachhaltiger Entwicklung erfährt. Gleichzeitig wird jedoch die Umsetzung des Anspruchs der Gleichgewichtigkeit von den Gewerkschaftsvertreterinnen als problematisch beurteilt. Diesbezüglich wird vor allem auf die starken Zielkonflikte und Interessengegensätze zwischen den unterschiedlichen Akteuren verwiesen, denen zufolge die soziale Dimension eine schwache Position habe und der „*Gefahr einer zu starken Neutralisierung*“ ausgesetzt sei. Offen blieb hierbei zunächst, wie mit diesem Problem umgegangen wird und ebenso, wie die Gleichgewichtigkeit aus der Sicht und unter Beteiligung der Gewerkschaften hergestellt werden kann.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt des Nachhaltigkeitsverständnisses der Gewerkschaftsvertreterinnen ist darin zu sehen, dass der Einklang von Ökologie und Sozialem unter der Prämisse von Vollbeschäftigung erreicht werden soll. Es wird jedoch gleichzeitig angemerkt, dass Vollbeschäftigung nicht mehr mit Vollzeitarbeit gleichzusetzen ist und dass auch die Gewerkschaften über eine Neudefinition von Arbeit nachdenken müssen. Dies bedeutet auch, „*Arbeit, also auch Familienarbeit anders zu bewerten*“. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang für die Gewerkschaften stellt, lautet: „*Wie kann man Arbeit anders verteilen und gleichzeitig ressourcenverantwortlich handeln?*“ Hier wird deutlich, dass bei der Thematisierung der Wechselwirkungen zwischen Ökologie und Sozialem über einen modifizierten Arbeitsbegriff nachgedacht wird. Dabei wird Erwerbsarbeit nicht mehr nur im klassischen Sinne interpretiert; zudem wird die Aufmerksamkeit auf andere Arbeitsformen, wie z.B. die Familienarbeit, gelenkt.

Entsprechend der zwar erodierenden, aber immer noch starken gesellschaftlichen Orientierung auf beurteilen die Gewerkschaftsvertreterinnen die hohe Arbeitslosigkeit als das zentrale Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung. „*Also so lange, wie wir da nicht voran kommen, wird sich auch das andere schwer gestalten*.“ Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit wird als grundlegende Voraussetzung für tragfähige Zukunftsperspektiven gesehen. Die Gewerkschaften sehen sich vor die Herausforderung gestellt, „*die Leute in den Betrieben zu überzeugen, dass Umweltschutz eben für sie auch ein Thema ist. Das ist in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit natürlich sehr schwer, weil wir nicht absehen können, ob es letztlich zu einer Arbeitssicherheit führt*.“ Hierbei wird nochmals sichtbar, dass die Kopplung von Ökologie und Sozialem schnell in eine argumentative Sackgasse führen kann. Umweltschutz ist eben mehr als Arbeitsplatzsicherheit.

Ein weiteres Problem nachhaltiger Strategien wird von den Gewerkschaften darin gesehen, dass in der gesellschaftlichen Debatte und bei der Umsetzung nachhaltiger Konzepte (z.B. Lokale Agenda-21-Prozesse) mit dem Begriff Nachhaltigkeit zumeist Umweltpolitik assoziiert wird und damit eine Reduzierung der Problemlagen in ihrer gesamtgesellschaftlichen Reichweite erfolgt.

Auch wenn die Gewerkschaften jetzt explizit das Thema Umweltpolitik diskutieren, so waren bisher „Umweltthemen im Betrieb immer zu bewältigen, wenn man mit Gesundheitsschutz und solchen ähnlichen Sachen zu tun hat; dann hat das mit Umweltpolitik zu tun, bloß für unsere Leute stehen dann die sozialen Aspekte im Vordergrund“. Einmal mehr wird das Argument der impliziten Behandlung von umweltpolitischen Fragestellungen über soziale Themen, wie Arbeits- und Gesundheitsschutz, aufgegriffen. Zudem wird hieraus von einer Gewerkschaftsvertreterin abgeleitet, dass das Neuartige des Konzeptes der Nachhaltigkeit nicht in den behandelten Themen zu sehen ist, sondern vielmehr in der methodischen Herangehensweise, nämlich in der Kooperation aller gesellschaftlich relevanten Akteursgruppen. „Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, die bisher parallel oder gleichzeitig nebeneinander an einem Thema gearbeitet haben, werden jetzt irgendwie zusammengeführt. Ein Stück Weg gemeinsam zu gehen, das ist das Spannende.“ Die Gewerkschaften betrachten sich selbst als Akteur in diesen Prozess, als „originärer Partner, wenn es um das Thema Soziales in der Nachhaltigkeitsdebatte geht.“

Nach Meinung der befragten Gewerkschaftsvertreterinnen fällt der lokalen und regionalen Ebene bei der Umsetzung nachhaltiger Strategien eine entscheidende Rolle zu; in Lokalen Agenda-Initiativen sehen sie für die Gewerkschaften ein wichtiges Betätigungsfeld. Der Zugang zu diesem Bereich eröffnet sich den Mitgliedern weniger über gewerkschaftliche Themenfelder als über ihr individuelles Interesse, an der „*Kietzpolitik und der Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort*“ mitzuwirken. Für die Befragten bietet dieses Engagement den Gewerkschaften die Chance, sich stärker in kommunalpolitische Belange einzubringen. Dabei haben diese nicht den Anspruch, in allen Lokalen Agenda-21-Initiativen Berlins vertreten zu sein, sondern gehen eher von einer punktuellen Beteiligung in einigen Stadtbezirken aus.

6.2 Synergiepotentiale zwischen Ökologie und Sozialem

Nachdem eingangs das Nachhaltigkeitsverständnis der Gewerkschaftsvertreterinnen dargelegt und erörtert wurde, soll nun nach Synergiepotentialen zwischen den ökologischen und sozialen Zielen der Nachhaltigkeit gefragt werden. Oder anders formuliert: Über welche Themen kann das Konzept der Nachhaltigkeit im Kontext gewerkschaftlicher Politik transportiert werden?

Das Themenfeld Arbeitsplätze im und durch Umweltschutz bietet eine zukunfts-trächtige Verknüpfung, bei der Beschäftigungswirkungen erwartet werden. Die Gewerkschaftsvertreterinnen sehen für Berlin entsprechende Potentiale vor allem in den Bereichen Umwelttechnik und Ver- und Entsorgung. Doch nicht zuletzt aufgrund

der wissenschaftlich umstrittenen empirischen Befunde zu den Beschäftigungswirkungen sei dies „*ein schwammiges Thema, was wenig konkretisiert ist*“.

Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung scheinen für die Befragten kaum eine Richtungsnahe zum Thema Nachhaltigkeit aufzuweisen. Stattdessen werden diese Instrumente vor allem mit ökologischen Problemen in Zusammenhang gebracht, die mit der frei verfügbarer Zeit verbunden sind (z.B. motorisierter Freizeitverkehr). Die Ersetzung kollektiver durch individuell vereinbarte Arbeitszeiten würde ebenfalls zur Überlastung der Verkehrssysteme führen. Deshalb plädieren die befragten Gewerkschaftsvertreterinnen für die Schaffung von „*Arbeitsplätzen in der Nähe des Wohnortes*“, was im Sinne kürzerer Wege eine Reduzierung der Umweltprobleme befördern würde.

In diesem Zusammenhang setzen die Befragten auf die „*Stärkung regionaler Märkte*“, die mit der Schaffung „*regionaler Arbeitsplätze*“, beispielsweise im Bereich „*nachhaltiger regenerativer Energien*“, verbunden sind. Die Stärkung des Handwerks als Ort der Nachhaltigkeit, vor allem im Hinblick auf die Reparierfähigkeit und Wiederverwertbarkeit der Produkte, setzt ebenfalls Synergiepotentiale zwischen den Themenfeldern Arbeit und Ökologie frei.

Einen anderen nachhaltigen Bereich bilden Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit. Die befragten Gewerkschaftsvertreterinnen erkennen zwar die Notwendigkeit, über einen neuen Arbeitsbegriff nachzudenken; der Eigen- und Familienarbeit stehen sie jedoch ambivalent gegenüber. „*Andere alternative Formen (... zur Erwerbsarbeit ...), wie Tauschringe, können Übergangslösungen sein. Allerdings funktioniert das alles nicht, wenn sich Leute irgendwie damit einen zusätzlichen Erwerb schaffen müssen.*“ Negative Effekte werden z.B. auch darin gesehen, dass „*irgendwann in bestimmten anderen Bereichen Arbeitsplätze wegbrechen*“. So werden zwar Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe in einem begrenzten Rahmen als sinnvoll eingeschätzt, „*aber wenn Politik das beschwört, und es mit etwas ganz Tollem verkauft, indem man sagt, Frauen, geht doch zurück und macht Nachbarschaftshilfe, also dann finde ich es schon gefährlich.*“ Die Motive für die Selbst- und Nachbarschaftshilfe ergeben sich eher aus einer Notsituation der Betroffenen heraus und sind weniger freiwilliger Natur, so eine der befragten Gewerkschafterinnen.

Einen weiteren Anknüpfungspunkt sehen die Gewerkschaftsvertreterinnen auf dem Gebiet der Mitbestimmung und Beteiligung im Betrieb; beides kann als soziale Bedingung für die Umsetzung nachhaltiger Konzepte gelten. Über die Arbeitnehmerbeteiligung im Rahmen des Öko-Audits ergäbe sich die Möglichkeit, dass sich die Beschäftigten aktiv mit einer sozial-ökologischen Perspektive in betriebliche Umstrukturierungsprozesse einbringen. „*Wir versuchen jetzt erst ein Konzept zu entwickeln für die einzelnen Branchenbereiche, um zu sagen, guckt doch mal selbst, was an Umweltschutzmaßnahmen in euren Betrieben schon läuft, was ihr als Beschäftigte für Ideen hättet, was man damit eigentlich auch erreichen könnte zur zukünftigen Beschäftigungssicherung – durch den Erhalt der Betriebe, wenn man den umstrukturiert oder andere Schwerpunkte setzt.*“

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz gehört zu den Themenfeldern, die bisher am ehesten Anknüpfungspunkte zum Umweltschutz bieten. So gehen die befragten Gewerkschaftsvertreterinnen davon aus, dass *„darüber das Thema Umweltschutz auch weiterhin zu puschen ist.“* Dabei unterscheidet sich die Behandlung dieses Thema stark nach Branchengewerkschaften. In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit *„nehmen die Arbeitnehmer sehr viel in Kauf, was sie in Zeiten mit weniger Druck nicht machen würden“*.

6.3 Beiträge und Projekte der Gewerkschaften

Einen weiteren Themenschwerpunkt der Interviews bildete schließlich die Umsetzung der von den Gewerkschaftsvertreterinnen genannten ökologisch-sozialen Strategiefelder mit Hilfe von Beiträgen und Projekten. Beispielsweise planen die Gewerkschaften, sich mit der Verkehrspolitik in Berlin zu beschäftigen, deren Gestaltung sie als Voraussetzung, für die Ansiedlung von Gewerbeeinrichtungen in der Stadt betrachten. Ein Beitrag der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe könnte darin bestehen, ein bedarfsorientiertes Konzept für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr mitzugestalten und auf diesem Wege Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein anderes Projekt, das sich mit dem Erhalt von Grünflächen in der Stadt Berlin beschäftigt, geht ebenfalls von Synergiepotentialen zwischen ökologischen und sozialen Zielstellungen aus. Beide Themen, Verkehr und Grünflächenerhalt, sollen in erster Linie dazu dienen, über das Konzept der Nachhaltigkeit aus gewerkschaftlicher Sicht nachzudenken.

Einen Zugang zum Thema Nachhaltigkeit sehen die Gewerkschaften in Berlin darin, an bereits bestehende und laufende Projekte und Initiativen anzuknüpfen, was eine entsprechende Ist-Analyse in den Betrieben voraussetzt. Nachhaltige Konzepte müssen ihrer Meinung nach auf die einzelnen Branchenbereiche bezogen sein und von den Ideen der Beschäftigten ausgehen. Ein Beitrag der ÖTV wird darin gesehen, den Arbeitnehmern in den Betrieben aufzuzeigen, wo ihr Interesse an sozial-ökologischen Strategien und deren projektorientierten Umsetzung liegen könnte. Im Zentrum steht auch hierbei die Verknüpfung von betrieblichen Umweltschutzmaßnahmen mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung.

Ihre Beteiligung an Lokalen Agenda-21-Initiativen betrachten die Gewerkschaften als Möglichkeit, sich als sozialer Akteur für kommunalpolitische Belange zu engagieren. Gewerkschaftliche Themen, die in den Agenda-Prozess eingebracht werden können und über „reine“ arbeitspolitische Fragestellungen hinausgehen, könnten z.B. die folgenden sein: „Kurze Wege in der Stadt“ (Integration der Bereiche Wohnen, Arbeiten und Leben) und die spezifischen Problem- und Interessenlagen von Frauen, Jugendlichen und Kindern.

6.4 Kooperation und Vernetzung

Welche speziellen Hindernisse sehen die Gewerkschaften für die Umsetzung nachhaltiger Strategien? Nach ihrer Einschätzung wird die nachhaltige Entwicklung in Berlin vorrangig durch die Politik behindert: „*Regulationsmöglichkeiten werden nicht im Sinne nachhaltiger Entwicklung genutzt.*“ Es gibt keine klaren Leitsätze für eine zukünftige Entwicklung Berlins, die sich an Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Dementsprechend macht es die „*Finanzsituation nicht möglich, Perspektiven zu entwickeln.*“ Die Ideenentwicklung und Projektgenerierung seitens der Gewerkschaften und die politische Umsetzung bzw. Rahmung seitens des Senats liefen aneinander vorbei und seien von Interessenkonflikten geprägt. So könnte das folgende Szenario eintreten: „*Wenn die Bevölkerung merkt und auch andere Mitglieder merken, sie können entwickeln, was sie wollen, es findet sich kein Gehör, weil die Politik für sich eine andere Linie entschieden hat, dann geht natürlich auch die Aktivität zurück.*“ Aus diesem Grund erwarten die Gewerkschaften vom Senat ein politisches Bekenntnis über die aktive Unterstützung des Agenda-Prozesses.

Das Interesse der Gewerkschaften am Runden Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg beruht vor allem auf der Absicht, „*lokale Kooperationspartner ausfindig zu machen*“. Die Gewerkschaften verstehen sich in diesem Prozess als „*originäre Partner, wenn es um das Thema Soziales geht*“. Dem aktiven Kooperationsgedanken steht jedoch ein defensives praxisorientiertes Handeln am Runden Tisch gegenüber: Wir „*schauen mal, mal gucken, was der andere macht.*“ Ihre eher zurückhaltende Kooperation begründen die Gewerkschaften mit fehlendem Personal und Finanzknappheit. „*Auf einmal habe ich gute Ideen, dann sagen alle, mach mal, und dann stehe ich da.*“ So werden zwar einerseits die Potentiale des Runden Tisches, die in der Vernetzung der relevanten gesellschaftlichen Akteure liegen, erkannt; ein aktives Sich-ins-Verhältnis-Setzen zu anderen Interessenlagen, um so nach Synergien und Kompromisslösungen zu suchen, wird jedoch nicht gewagt.

Zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit des Runden Tisches schlägt eine der befragten Gewerkschaftsvertreterinnen die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation kleinerer Arbeitsgruppen vor. In der zurückliegenden Arbeitsphase seien die Verhandlungen des Runden Tisches sehr debattenlastig gewesen; über eine stärkere Projektorientierung, so vermutet sie, „*gewinnt die Arbeit des Runden Tisches vielleicht mehr an Substanz*“.

7. Zusammenfassung

Das Anliegen dieses Beitrages war es, die eher vernachlässigten sozialen und arbeitspolitischen Dimensionen des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung näher zu analysieren. Nachdem eingangs grundsätzliche Überlegungen zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung dargelegt worden sind, folgte eine Betrachtung der sozialen Gesichtspunkte, wie sie in Zukunftsstudien bisher ihre Berücksichtigung finden. Vor diesem Hintergrund stellten sich spezifische Fragen für die Untersuchung des Fallbeispiels, dem „Runden Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“. In der Mitgliederbefragung wurde vor allem auf drei Aspekte eingegangen: 1. Wie ist die soziale Dimension aus der Sicht der Akteure im Gesamtkonzept der Nachhaltigkeit integriert? 2. Mit welchen Begriffen und Projekten wird die soziale Dimension ausgefüllt? 3. Gibt es ein spezielles Antwortverhalten der sozialen Akteure am Runden Tisch? Folgende wesentliche Ergebnisse lassen sich zusammenfassen:

Konzepte der nachhaltigen Entwicklung sind für die Teilnehmer des „Runden Tisches zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ durch den Anspruch der gleichzeitigen Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen gekennzeichnet. In der Forderung nach einer dreidimensionalen Betrachtung wird der Handlungsdruck, gesellschaftliche und insbesondere soziale Problemlagen, wie z.B. die Massenarbeitslosigkeit, zu beseitigen, deutlich. Die Befragten sehen in der Berücksichtigung sozialer Ziele und arbeitspolitischer Themen wichtige Voraussetzungen für eine breite Anschluss- und Resonanzfähigkeit der Konzepte einer nachhaltigen Entwicklung und letztlich für deren Umsetzung. Offen bleibt jedoch – in der gesellschaftlichen Debatte wie auch im Nachhaltigkeitsdiskurs am Runden Tisch – wie der Anspruch einer gleichzeitigen Berücksichtigung der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit bzw. wie die von einigen Befragten thematisierte Gleichrangigkeit aller drei Ziele realisiert werden kann. Solange die Dreidimensionalität nicht konkreter operationalisiert wird, bleibt ihre Forderung lediglich ein Appell.

Die Partizipation der Bürger und aller relevanten gesellschaftlichen Akteursgruppen, die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung benachteiligter Gruppen werden von den Befragten als soziale Bedingungen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit betont. Im Unterschied zu der eher defensiv formulierten Forderung nach Beteiligung im Sinne von Akzeptanz zielen Kooperation und Vernetzung der Akteure – die als weitere Merkmale von den Befragten genannt wurden – stärker auf aktive Momente im Nachhaltigkeitsprozess. Ihre Berücksichtigung bzw. Umsetzung in den Projekten des Runden Tisches steht im Wesentlichen noch aus.

Ein weiteres zentrales Merkmal einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung sehen die Befragten in Bewusstseins- und Verhaltensänderungen. Zukunftsfähigkeit ist für sie auch mit einer Abkehr vom konsumorientierten Wohlstandsmodell verbunden, d.h. nicht nur mit Effizienz-, sondern auch mit Suffizienz-Strategien. Die internationalen Aspekte von Nachhaltigkeit werden von den Befragten zwar als soziale Ziele

erkannt; diese spielen jedoch eine klar nachgeordnete Rolle. Demgegenüber wird der regionalen und lokalen Ebene eine zentrale Bedeutung bei der Umsetzung nachhaltiger Strategien beigemessen.

Das Antwortverhalten der sozialen Akteure am Runden Tisch zu den Strategie-merkmalen der nachhaltigen Entwicklung unterscheidet sich in den Kernaussagen kaum von dem der anderen Akteure. Auffällig bei den Gewerkschaftsvertreterinnen ist, dass sie vor allem die Gleichrangigkeit der drei Zieldimensionen betonen.

Konkrete Ausformulierungen der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit werden insbesondere bei den Fragen nach Problemlagen und Projektvorhaben deutlich. Bezüglich der Frage nach den dringlichsten Problemen der Nachhaltigkeit in Berlin und Brandenburg kamen die Teilnehmer des Runden Tisches nicht nur auf die Umweltbelastung durch den motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr und auf das schwierige politische Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu sprechen; vor allem betonten sie die sozialen Probleme der Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Armut, wobei sie der Zukunft der Arbeit die höchste Priorität einräumten. Die Massenarbeitslosigkeit wird als grundlegendes Problem der nachhaltigen Entwicklung erkannt. Auch hier wird die von den Befragten konstatierte Dringlichkeit der Probleme und die Notwendigkeit einer prioritären Bearbeitung deutlich erkennbar. Wichtig ist zu bemerken, dass die sozialen Probleme der Nachhaltigkeit nicht ausschließlich von den sozialen Akteuren am Runden Tisch thematisiert werden.

Zur Bekämpfung der drei explizit genannten sozialen Probleme der nachhaltigen Entwicklung formulieren die Akteure vorrangig arbeits- und beschäftigungspolitische Projektvorhaben. Diese beziehen sich vor allem auf die Sicherung und Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen, während andere Formen der Arbeit bei den Projektvorhaben keine oder eine nur untergeordnete Rolle zu spielen scheinen. Neben projektorientierten Problemlösungsvorschlägen werden auch soziale Beiträge angeführt, die die Öffentlichkeitsarbeit, die Gewährleistung einer breiten gesellschaftlichen Partizipation, die Unterstützung der Kooperation und der Vernetzung unter den Akteuren sowie Bildungsaspekte betreffen. Als kompetente Akteure bei der Problemlösung sehen sich vor allem die Sozialverwaltungen und die Gewerkschaften, aber auch die Umwelt- und Naturschutzverbände. Mit der Forderung nach Berücksichtigung der sozialen Dimension „Öffentlichkeit und Partizipation“ identifizieren sich die meisten der am Runden Tisch vertretenen Akteursgruppen.

Bei der Befragung der Teilnehmer des Runden Tisches wurde deutlich, dass sich die Arbeit in diesem kooperativen Netzwerk in der Konstituierungsphase befindet; noch geht es vorrangig darum, sich bezüglich wichtiger Fragen zu verständigen und gemeinsame Ziele zu definieren. Es gilt also abzuwarten, inwieweit im folgenden Umsetzungsprozess die formulierten Ansprüche des Runden Tisches eine Operationalisierung erfahren und in entsprechenden Vorhaben ihre Berücksichtigung finden.

Literatur

- Arbeitsgruppe Berlin – Zivile Wege in das 21. Jahrhundert: Berlin-Studie Handlungsfelder für Berlin – Auf dem Weg zur „Stadt der Chancen“, Unterlagen des zweiten Strategieworkshops 19./20.02.1999
- Bosch, Gerhard (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Einleitung. In: Bosch, Gernhard (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Campus, Frankfurt, S. 13-56.
- Brand, Karl Werner (1997): Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“. In: Brand, Karl Werner (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung, Eine Herausforderung an die Soziologie. Leske + Budrich, Opladen, S. 9-34.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1997): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn.
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand (1996): Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
- Dierkes, Meinolf (Hrsg.) (1993): Die Technik und ihre Folgen. Zur Biographie eines Forschungsfeldes. Edition Sigma, Berlin.
- Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Hrsg.) (1998): Konzept Nachhaltigkeit, Vom Leitbild zur Umsetzung. Bonn.
- Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ (1999): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Abgeordnetenhauses von Berlin, 13. Wahlperiode. Berlin.
- Haan, Gerhard de; Kuckartz, Udo (1996): Umweltbewußtsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Eggenkamp Verlag, Greven.
- Häusler, Richard (1998): Agenda 21 – eine historische Chance. In: Politische Ökologie 54, Mai/Juni 1998, S. 6-8.
- Hildebrandt, Eckhart (1998): Die Zukunft der Arbeit in einer nachhaltigen Entwicklung. In: Der Bürger im Staat, 48. Jahrgang, Heft 2, 1998, S. 83-91.
- Hildebrandt, Eckart (1999): Arbeit und Nachhaltigkeit. WZB-paper P99-502.
- Huber, Josef (1994): Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz. Der Hallische Graureiher 94-6, Halle Wittenberg: Martin-Luther-Universität, Institut für Soziologie.
- Huber, Josef (1995): Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Edition Sigma, Berlin.
- Jänicke, Martin (1986): Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft. München.
- Jänicke, Martin (1993): Ökologische und politische Modernisierung in entwickelten Industriegesellschaften. In: Prittwitz, Volker von (Hrsg.): Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Leske + Budrich, Opladen.
- Koordinationsbüro des Runden Tisches zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg (Hrsg.) (1999): Der Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung. Dialogprojekt für ein zukunftsfähiges Berlin und Brandenburg, Berlin.

- Läpple, Dieter (1998): Globalisierung – Regionalisierung: Widerspruch oder Komplementarität. In: Kujath, Hans-Joachim (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Edition sigma, Berlin, S. 61-82.
- Linne, Gudrun (1997): Nachhaltigkeit, der Faktor Arbeit. In: Mitbestimmung 12/97.
- Meadows, D. u.a. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome. DVA, Stuttgart.
- Mutz, Gerd (1999): Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B9/99, 26.2.1999, S. 3-11.
- Petschow, Ulrich; Dröge, Susanne; Meyerhoff, Jürgen (1998): Nachhaltigkeit und Globalisierung – Herausforderungen und Handlungsansätze. Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York.
- Pinkepank, Thorsten; Banthien, Henning (1999): Nachhaltigkeit durch partizipative Netzwerke. In: IFOK/ZKE (Hrsg.): Was heißt hier Agenda? Analyse – Erfahrungen – Beispiele. J.H. Röll, Detelbach, S. 41-56.
- Prange, Martin; Warsewa, Günter (1999): Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung – das Handlungsfeld der lokalen Ökonomie. Arbeitspapier im Entwurf.
- Priller, Eckhard; Zimmer, Annette; Anheier, Helmut K. (1999): Der Dritte Sektor in Deutschland. Entwicklungen, Potentiale, Erwartungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B9/99, 26.02.1999, S. 12-21.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (Hrsg.) (1994): Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Metzler-Poeschel, Stuttgart.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (Hrsg.) (1996): Umweltgutachten 1996. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Metzler-Poeschel, Stuttgart.
- Rheingans, Anke; de Haan, Gerhard; Kuckartz, Udo (1998): Leitbilder und Organisationsmodelle in Berliner Lokale Agenda 21-Initiativen. In: Umweltbundesamt (Hrsg.) (1998): Umweltkommunikation und Lokale Agenda 21, Ergebnisse eines Fachgesprächs im Umweltbundesamt am 11./12.12.1997, S. 54-64.
- Rösler, Cornelia; Kallen, Carlo (1999): Die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in Deutschland. In: IFOK/ZKE (Hrsg.): Was heißt hier Agenda? Analyse – Erfahrungen – Beispiele. J.H. Röll, Detelbach, S. 23-38.
- Schäffler, Harald (1998): Weiße Flächen werden grüner. In: Politische Ökologie 55, Juli/August 1998, S. 94-95.
- Schleicher-Trappeser, R.; Rosenberger-Balz, C.; Hey, C. (1992): Perspektiven ökologischer Regionalentwicklung in Südbaden. Pfaffenweiler.
- Schmidt, Eberhard; Spelthahn, Sabine (1994): Umweltpolitik in der Defensive. Umweltschutz statt Wirtschaftskrise. Fischer Alternativ. Frankfurt am Main.
- Schulze Buschhoff, Karin; Rückert, Jana (1998): Teilzeitbeschäftigung in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen. WZB-paper FS III 98-404.
- Wehling, Peter (1997): Sustainable development – eine Provokation für die Soziologie? In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Soziologie. Leske + Budrich, Opladen. S. 35-50.

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.
- P00-502 Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.
- P00-503 Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.
- P00-504 Adelheid Biesecker: Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.
- P00-505 Heinz-Herbert Noll: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, 29 S.

- P00-506 Carsten Schneider: Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.
- P00-507 Wolfgang Hien: Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.
- P00-508 Hermann Schäfer: Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.
- P00-509 Josef Hilbert: Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 S.
- P00-510 Max Geray: Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.
- P00-511 Karin Schulze Buschhoff: Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben: Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?, 31 S.
- P00-512 Sabine Krüger: Arbeit und Umwelt verbinden – Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen, 57 S.
- P00-513 Uta Cupok: Lokales Handwerk: Dienstleistungen und Unternehmensnetzwerke, 50 S.
- P00-514 Martin Prange, Günter Warsewa: Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung – das Handlungsfeld lokale Ökonomie, 37 S.
- P00-515 Eckhard Priller, Jana Rückert-John: Nonprofit-Organisationen im Umweltbereich – Strukturen, Tätigkeitsfelder und Beschäftigungspotentiale, 43 S.
- P00-516 Peter Bleses: Auf zu neuen Ufern? Arbeit und Einkommen in der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte, 43 S.
- P00-517 Antje Vetterlein: Verhandelbarkeit von Arbeitszeitverkürzung. Zum Versuch neokorporatistischer Beschäftigungssteuerung im „Bündnis für Arbeit“, 93 S.
- P00-518 Karin Schulze Buschhoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John: Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung – über den Wandel der Arbeitszeitmuster: Ausmaß, Bewertung und Präferenzen, 29 S.
- P00-519 Katrin Gillwald: Konzepte sozialer Innovation, 50 S.
- P00-520 Manfred Moldaschl: Neue Arbeitsformen und ökologisches Handeln, 43 S.
- P00-521 Willy Bierter: Dematerialisierung und Beschäftigung im Rahmen einer pluralen Ökonomie, 25 S.
- P00-522 Gerd U. Scholl: Beschäftigungsimplicationen und ökologische Wirkungen einer Verlängerung und Intensivierung der Produktnutzung, 45 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper** eine **Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen **"Coupon Réponse International"** (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a **"Coupon-Réponse International"** (if you are ordering from outside Germany) for **each WZB-Paper** requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.